

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo nám. 32. Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16.— Kč, Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. vierteljährlich 48.— Kč, halbjährlich 96.— Kč, jährlich 192.— Kč für Deutschland 16.— l. Postpartafontos 67644. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Vor Parlamentsbeginn.

Der für die nächste Woche anberaumte Parlamentsbeginn erfolgt im Zeichen einer schweren Niederlage des nationalen Ueberradikalismus. Was vorauszusehen war, ist nun eingetreten: der Deutsche parlamentarische Verband hat mit Mehrheit entschieden, die Abstinentenpolitik aufzugeben und an den parlamentarischen Beratungen wieder teilzunehmen. Nach heftigen Auseinandersetzungen, in denen selbst dem abgetönten offiziellen Kommuniqué entnehmen kann. In dieser Auseinandersetzung zwischen den beiden Gruppen, deren eine materielle Interessen voranstellt, die andere die Politik erstere Siegerin. Allein die Nationalpartei, deren Unentwegtheit sich ebenso auf Unbedenklichkeit, wie auf Verantwortungslosigkeit aufbaut, verteidigte die Abstinentenpolitik und stimmte gegen den Antrag auf Wiedertritt ins Parlament, aber auch sie beschränkte sich darauf, ihren Radikalismus in der Verhandlung vorzubemonstrieren und fügt sich im übrigen dem Mehrheitsbeschluss, obwohl ihr das Vetorecht zustünde und ihre Mannen auch weiterhin den Sitzungen fernbleiben könnten. Aber diese Partei der Schreier fürchtet, daß man ihre armselige Schwäche zu deutlich sehen könnte und darum wird auch sie mit den übrigen Mitgliedern des deutschen parlamentarischen Verbandes trotz allen radikalen Getues wieder im Parlament erscheinen. Wenn heute die deutschbürgerlichen Politiker in die üble Lage gekommen sind, durch die Revision ihrer Taktik vor aller Welt das Einbekenntnis eines schweren Fehlers zu machen, so kann man bei aller Genugtuung über den Sieg der Einsichtigeren unter den Deutschbürgerlichen nicht übersehen, daß es ihre Schwäche und Feigheit gegenüber den nationalistischen Bannerostrategen waren, die ihnen jetzt zu dieser ausgiebigen Blamage verholfen. Alle Versuche, dies zu verhüllen, scheitern an der Offenkundigkeit der Tatsache. Mit stiller Seiterkeit konnte man die Bemühungen eines deutschbürgerlichen Blattes genießen, den Auszug der deutschbürgerlichen Abgeordneten nachträglich als eine Tat der politischen Vernunft zu erklären. Mit gut gespielter Ernste unternahm das Blatt den Versuch, nachzuweisen zu wollen, daß sich die Voraussetzungen für die Mitarbeit des Deutschen parlamentarischen Verbandes geändert haben. Denn als im Sommer der Auszug der deutschbürgerlichen Abgeordneten erfolgte, da hätte es keinen verantwortlichen Faktor auf dem Boden des Parlaments gegeben, während die gegenwärtige Richtung zweifellos ein gewisses Bekenntnis zum Parlamentarismus und zur Demokratie in sich birgt. Und es meint weiter, nun, da die formelle Vertretung der Interessen und Forderungen wieder möglich geworden ist, bestünde kein Anlaß mehr, den Verhandlungen des Parlamentes fernzubleiben. Die Beweisführung hinkt nicht bloß auf einem Bein, denn in Wahrheit hat sich von damals bis heute so gut wie gar nichts geändert und die Faktoren, die damals registriert, registern auch heute. Anstatt nach Scheingründen zu suchen, welche den Mißerfolg der von Radikalismus gefälligen, aber von Einschätzung der Macht- und Kraftverhältnisse unbeeinflussten Demonstrationenpolitik des Deutschen parlamentarischen Verbandes verhüllen sollen, wäre eine wirkliche Einkehr und Umkehr ungleich wertvoller für sie.

Man kann aber schon glauben, daß den Herren, die den Sitten und dem Geiste des seligen Nationalverbandes bisher so eifrig

Die Entscheidung über Oberschlesien.

„Für Polen günstiger als für Deutschland“.

Berlin, 11. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Nach den in Berlin eingelaufenen Nachrichten darf es als sicher gelten, daß die Entscheidung über die oberschlesische Frage bereits gefällt ist. Und zwar günstiger für Polen als für Deutschland. Die nur in diesen Umrissen bekannte Lösung hat bei den bürgerlichen Parteien große Erregung hervorgerufen. Die deutsche Volkspartei und die Deutschen nationalen wenden sich bereits aufs heftigste gegen Wirth, dem sie eine zu schwache Haltung gegenüber der Entente vorwerfen. Auch die Demokraten verlangen den Rücktritt Wirths, falls sich die ungünstigen Nachrichten bewahrheiten sollten.

Der Völkerverbund in London, der einen Tag in Berlin zugebracht hat, ist beauftragt worden, noch einmal bei Lloyd George vorstellig zu werden, um eine Beeinflussung der Entscheidung in der oberschlesischen Frage zu erreichen. Den gleichen Zweck verfolgt eine deutsche Arbeitervertretung, die unter Führung Leipharth, dem Vorsitzenden des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, in London eingetroffen ist.

Das Kabinett hält seit gestern abends Sitzungen ab. Der Reichsrat ist zusammenberufen worden. Sein auswärtiger Ausschuss soll sich mit der oberschlesischen Frage befassen.

Von den Meldungen, die im Ausland verbreitet werden, beruht ein guter Teil auf Kombination, ein anderer Teil ist das Werk politischer Intriganten.

Teilung Oberschlesiens im Prinzip beschlossen. Samstag erfolgt die Publikation.

Berlin, 11. Oktober. (Tsch. P.-B.) Das „Berliner Tageblatt“ berichtet von seinem Sonderberichterstatter aus Genf vom 11. Oktober: Die Würfel sind gefallen. Soeben wird an zuständiger Stelle bestätigt, daß die Teilung Oberschlesiens im Prinzip endgültig beschlossen sei. Der Völkerverbund sei vollkommen unabhängig zu Werke gegangen und habe kein Einverständnis der bisherigen Teilungsprojekte zur Grundlage seiner Beratungen gemacht. Aus der Kommissionsitzung, die noch andauert, wird eine Teilungslinie hervorgehen, die sowohl für Deutschland wie für Polen gegenüber den bisherigen Kompromißlösungen eine Konzession bedeuten soll. Der Kreis Tarnobrzeg wird voraussichtlich deutsch bleiben. Politische Gesichtspunkte wollen, so erklärt man, bei der Entscheidung ausgeschieden sein. Ein Kompromiß stelle die Lösung selbstverständlich dar. Das sei aber gar nicht anders möglich, um den Uebergang einigermaßen, möglich zu machen, werde ein Uebergangsregime unter interalliiertem Verwaltung geschaffen werden, welches den Warenverkehr und die Grenz- und Valutaregulierung überwachen soll. Zu diesem Zwecke haben die Alliierten in der Völkerverbundkonferenz am Samstag entsprechende militärische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Abstimmungsgebiete getroffen. Der Völkerverbund wird noch heute und Morgen den ganzen Tag beraten. Um die Einzelheiten seines Lösungsvorschlages festzulegen.

Die Treue wahren, das Eingeständnis ihrer Blamage bitter fällt, denn es schien ihnen so wunderschön, als sie mit stolzer Geste den Verhandlungsfaal verlassen und von den ständigen Besuchern der nationalverbändlerischen Versammlungen dafür belobt wurden, weil sie's den Tschechen endlich einmal ordentlich gegeben hätten, indem sie ihnen den „ganzen Krampf“ hinwarfen. Und sie hatten auch erhofft, daß nun das Ausland bestürzt aufhorchen werde; aber dieses hatte, wie auch jüngst der Senator Jesser eingestanden, andere Sorgen, als sich um die kindstülpigen Einfälle der Herren um Lodgmann und Pallina zu kümmern. Da nun die Welt

Mittwoch abends verlassen die Ratsmitglieder Genf. Gleichzeitig wird der Entwurf der Völkerverbundkonferenz übermittelt, worauf sich voraussichtlich die Völkerverbundkonferenz mit der Entscheidung des Völkerverbundes befassen wird, an deren Annahme durch die Alliierten nicht gezweifelt wird. Die Völkerverbundkonferenz wird am Freitag die Entscheidung der deutsch und polnischen Regierung übermitteln und Samstag wird in Paris und Genf gleichzeitig die Publikation erfolgen.

Doch Teilung auf Grund der Abstimmungs-ziffern?

Paris, 11. Oktober. Die „Petit Parisien“ mitteilt, werde die Lösung der oberschlesischen Frage, auf die man sich einigen werde, darin bestehen, Oberschlesien einschließlich des Industriegebietes gemäß den Ergebnissen der Volksabstimmung zu teilen und provisorisch zu gleicher Zeit durch eine spezielle Organisation die wirtschaftliche Einheit des Landes aufrechtzuerhalten. Das Blatt behauptet, England hätte in Genf interveniert, um sich einer Polen günstigen Lösung zu widersetzen.

Vorbereitungen für die Teilung.

Paris, 10. Oktober. (Havag.) Nach einer Mitteilung der Schweizer Telegraphenagentur beriet der Viererrat dieser Tage über die Schaffung einer internationalen Kommission, welche die wirtschaftliche Tätigkeit und Ordnung in der Industriezone Oberschlesiens sichern soll. Die beiden Staaten würden unverzüglich dem Besitz der ihnen zugesprochenen Territorien übernehmen, und die Kommission würde das Bindeglied der beiden politisch geteilten, wirtschaftlich aber vereinigten Teile sein. Aus der Tatsache, daß der Rat die Aufgabe einer derartigen Kommission erörtert hat, könne man schließen, daß die wichtigste Frage des oberschlesischen Problems, das ist das Industriegebiet, im Sinne der Teilung gelöst wurde.

Das Verfahren der Veröffentlichung.

London, 11. Oktober. Wie Reuters erfährt, werden die Beschlüsse der für Oberschlesien ernannten Mitglieder des Völkerverbundes sofort dem Rat des Bundes in Genf vorgelegt werden. Sobald der Rat diese Beschlüsse bestätigt hat, werden sie dem Obersten Räte unterbreitet werden. Bisher hat die Britische Regierung keine Mitteilung über die Beschlüsse und auch keine Anfrage deswegen ergehen lassen.

Reaktionäre Rußländer.

Berlin, 11. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Die reaktionären Kreise wollen die Gelegenheit benützen, um das Kabinett Wirth bei dieser Gelegenheit zum Sturze zu bringen und eine nationale Welle zu entfesseln, die sie ihren Plänen dienstbar machen wollen. Die Demokraten spielen diesen Kreisen dadurch in die Hände, daß sie behaupten, Deutschland könne den Versailler Frieden nicht ausführen und die Wiesbadener Abmachungen seien hinfällig, wenn die oberschlesische Frage zu Ungunsten Deutschlands entschieden werden soll.

nicht stille stehen wollte, das Theaterbonners der nationalverbändlerischen Heiden, der tschechoslowakische Staat nicht zerfiel und das Parlament weitertagte, als ob es gar keinen Kallina und Baeran gäbe, krochen sie doch wieder schön unter, zumal auch die Wähler, die ursprünglich über die tapferen Tat der Steifleinernen erfreut schienen, die Torheit ihrer Vertreter zu erkennen begannen. So wurde denn von der schmerzlichen ausposaunten Irlandspolitik vorläufig Abschied genommen und die wahrlich nicht ruhmvolle Parlamentsgeschichte der Erben der Nationalverbändler war um eine fette Blamage reicher geworden.

Kriegsanleihe und kein Ende.

Der Krieg hat die Produktivkräfte der menschlichen Gesellschaft erheblich geschwächt und den Haushalt aller Staaten durch Ausgaben, wie sie in ähnlicher Höhe niemals vorher geleistet wurden, aus dem Gleichgewicht gebracht. Wenn nun die Finanzen der einzelnen Staaten in verschiedenem Grade durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen wurden, so ist dies Reiz von ihnen zu den Siegrern im Weltkriege zählen, während einige andere, vornehmlich Deutschland, dazu verurteilt sind, die Hauptlast der Finanzierung des Krieges auf sich zu nehmen. Da in den Nachkriegsjahren meist von den gigantischen Ziffern der deutschen Reparation die Rede war, hat man dabei wenig beachtet, daß die verschiedene Art die Kosten für diese sehr kostspielige fünfjährige Politik schon während des Krieges aufzubringen mit einer Ursache ist, daß manchen Länder, vor allem England viel rascher im Stande sind, die Ausgaben und Einnahmeneziffern der Budgets wieder in Einklang zu bringen.

England hat bereits im Kriege daran gedacht, dauernd eine Bedeckung für die aus der Kriegslast erwachsenen Staatsschulden zu schaffen. Es hat die Steuern beträchtlich erhöht, neue Steuern auf die Schultern der Besiegten gewälzt. Demgegenüber haben Deutschland und Oesterreich-Ungarn die Mittel, die sie zur Führung des Krieges benötigt haben, auf dem bequemeren Weg der Anleihen herbeigeschafft. Die größte Schuld hierbei trifft den deutschen Staatssekretär der Finanzen Helfferich, jetzt einer der berüchtlichsten Stützen der deutschen Reaktion, der es verstand, den Patriotismus der deutschen Bevölkerung dem Reiche durch Zeichnung von Kriegsanleihen zu dienen zu lassen. Es ist ohne Weiteres zuzugeben, daß die englische Methode für Oesterreich-Ungarn schon deswegen schwieriger war, weil das schwerfällige Steuerveranlagungs- und Eintreibungsverfahren mit dem gestiegenen Bedarf der Staatskassen nicht Schritt halten konnte, aber es wäre doch sehr wohl möglich gewesen, die Nutznießer des Krieges, insbesondere die Heereslieferanten in ganz anderer Weise heranzuziehen, als dies durch den Zwang, Kriegsanleihen zu zeichnen, geschehen ist. Die Art die Mittel zu finanzieren, war bei den Mittelmächten nichts anderes, als eine verschämte oder unverschämte Banknotengroßindustrie. Es wurden Kriegsanleihen, ausgeschrieben, welche den Zeichnern die Zeichnung eines ihre verfügbaren Mittel um das Vielfache überschreitenden Betrages dadurch ermöglichten, daß die Banken die Kriegsanleihe belehnten. Die so gezeichnete Kriegsanleihe fand Verwendung als Banknotendeckung und die Oesterreichisch-ungarische Bank konnte jedesmal viel mehr neue Banknoten ausgeben, als der tatsächlich gezeichneten Summe entsprach. Welche Rolle bei der Zeichnung der sanfteren oder brutaleren Zwang ausgeübt von Borgeshen und Behörden, welche Rolle die Pflichtvergessenheit der Vormünder u. Pflegschaftsbehörden, für deren väterländische Betätigung alle gesetzlichen Schranken nstfielen, welche Rolle endlich der Einfluß der Lehrerschaft und der Pfarrer auf die in Geldsachen ungeschulten ärmeren Schichten der Bevölkerung ausübten, ist hinlänglich bekannt.

Nach dem Kriegsende, da im tschechischen Volke alles in Wonne schwamm, wollten die neuen Machthaber von einer Einlösung der Kriegsanleihe nichts wissen. So wie die Bodenreform die spezifisch tschechische Art der „Sozialisierung“ wurde, die darin bestand, daß man den in fremden Händen befindlichen

Großgrundbesitz beschlagnahmte, was dem tschechischen Agrarkapital nicht wehe tat, so wollte man die finanziellen Lasten des Krieges auf eine Art abtragen, ohne den tschechischen Kapitalisten und vor allem der Zimmerei- und Bauindustrie, deren Exponent der erste Finanzminister der Republik gewesen ist, weh zu tun. Die Annulierung der Kriegsanleihe war das vom Masseninteresse der tschechischen Bourgeoisie diktierte Streben, den Wiederaufbau der Gesellschaft nach dem Kriege von anderen bezahlen zu lassen, ein Versuch, die tschechische Kapitalmacht ungeschwächt zu lassen, ja, sie auf Kosten der deutschen Kapitalmacht zu steigern.

Dabei wäre es wohl auch geblieben, wenn der tschechische Staat nicht bald in Geldschwierigkeiten geraten wäre und nicht gezwungen gewesen wäre, im Inland und Ausland Kredite zu suchen. Aber das Ausland, auch die Entente-Länder, die den tschechischen Staat geschaffen haben und zu denen jeder Tscheche plötzlich eine heisse Liebe entdeckte, wollte dem neuen Staate nichts borgen und auch ein Großteil der Kapitalisten des Inlandes, der durch die Nichteinlösung der Kriegsanleihe verschuldet war, teils wirklich nichts mehr borgen konnte, weil seine Kapitalien in Kriegsanleihe angelegt waren, hielt die Hand an der Geldbörse und hatte kein Mittel für die Geldnöte des jungen Staates. Auch die wohlwollenden Titel, die der Staat den Anleihen gab, halfen nichts. Infolgedessen bequemen sich die tschechischen Regierungsparteien dazu, nach langen Verhandlungen und manchen Aenderungen einen geschlichen Ausweg dahin zu finden, daß jeder Kriegsanleihebesitzer für 100 K Kriegsanleihe und 75 K Baargeld 75 K 3 1/2%ige Entschädigungsrente und 75 K 5 1/2%ige Staatsobligationen erhielt. Besser behandelt sollten nur jene werden, welche weniger als 25.000 K Vermögen besaßen. Das Ergebnis der auf Grund dieses Gesetzes durchgeführten Zeichnungen war einfach jämmerlich. Und wenn sich auch die deutschbürgerlichen Zeitungen, Abgeordneten, Senatoren, Bürgermeister und Kriegsanleihe-Schutzverbandspezialisten einbilden, daß das schlechte Ergebnis auf ihre verdienstliche Tätigkeit zurückzuführen ist, so entspricht dies durchaus nicht den Tatsachen. Der Mißerfolg dieser Anleihe liegt ausschließlich an dem Unvermögen, die geschlichen Bedingungen zu erfüllen, denn es sind wahrhaftig die wenigsten in der Lage, gleich Dreiviertel des in der Kriegsanleihe angelegten Kapitals neuerlich aufzubringen. Nicht erst davon zu reden, daß weitläufig die meisten Kriegsanleihebesitzer ihre Kriegsanleihe überschuldet haben.

Die tschechischen Machthaber sahen infolgedessen sich gezwungen, einen Schritt weiterzutun. Präsident Masaryk hat während seines Aufenthaltes in der Slowakei die Einlösung der Kriegsanleihe zugesagt, weshalb heller Jubel in den Kreisen der Besitzer dieses unglückseligen Papiers ausbrach. Dieser Jubel wurde freilich durch eine Rede, die der neue Finanzminister am vorigen Samstag gehalten hat, etwas gedämpft, weil er offen eingestand, daß er noch keinen bestimmten Plan habe, daß die Kriegsanleihefrage ein Politikum geworden und es heute noch nicht mög-

lich sei, sie wieder auf das rein wirtschaftliche Feld zurückzuversetzen, wohin sie gehören würde. Der Finanzminister hat nur das eine klare Wort gesprochen, daß es unmöglich sei, diejenigen, die seinerzeit auf Grund des Kriegsanleihegesetzes Staatsanleihe gezeichnet haben, schlechter zu stellen, als diejenigen, die jetzt von einer neuen Lösung der Frage profitieren würden. Da aber die, welche seinerzeit gezeichnet haben, jetzt eine bessere Behandlung ihrer Kriegsanleihe anstreben, wird es schwer sein, einen Ausgleich zu finden.

Die Arbeiterklasse hat in der Frage der finanziellen Liquidation des Krieges in allen Ländern dasselbe Interesse, daß die Lasten des fünfjährigen Mordens nicht auf ihre Schultern, sondern auf die Schultern der Kapitalisten gelegt werden. Wenn der Staat beispielsweise die Kosten der Einlösung der Kriegsanleihe aus einer Erhöhung der Umsatzsteuer bestreiten würde, wäre dies nur eine Abwälzung der Kriegslast von den Kriegsanleihebesitzern auf die breiten Massen der konsumierenden Bevölkerung. Diese Massen haben die größten Blutopfer des Krieges getragen und sollen jetzt womöglich noch bezahlen, daß man ihnen erlaubt hat, fürs Vaterland zu hungern und zu sterben. Die Lasten des Krieges müssen von den Kapitalisten getragen werden, der Staat muß die Kraft haben, die Kriegs- und Nachkriegsgewinne abzuschöpfen (durch die endliche rasche Durchführung der Vermögensabgabe, durch Steuer auf das arbeitslose Einkommen u. s. w.), kurz, den Krieg diejenigen bezahlen zu lassen, welche auf alle Fälle in den besiegten Ländern genau so wie in den Ländern der Sieger gewonnen haben: die Kapitalisten des eigenen Landes. Stünde in diesem Staate nicht jedem vernünftigen Schritte, der zu unternehmen ist, der nationale Kampf im Wege, hätte sich längst, so wie in Deutschland und Oesterreich eine Front derjenigen gebildet, welche die Finanzlast des Krieges dorthin legen würde, wo sie hingehört, auf die Schultern der Besitzklassen. So aber wurde die Frage der Kriegsanleihe, wie alle Probleme, die seit Jahrzehnten, ja Jahrhunderten auf diesem Boden eine Rolle spielen, ihres sachlichen Inhalts entkleidet und ihr ein nationales Mäntelchen umgehängt, zur Freude der tschechischen und deutschen Nationalisten.

Inland.

Die Erneuerung des Wohnungsbeschlagnahmengesetzes erklärt das „Pravo Lidu“ für eine der nächsten Aufgaben der neuen Tagung des Parlamentes. Die Wirksamkeit des Gesetzes lief bekanntlich am 30. Juni d. J. ab und wurde nicht erneuert, weil die bürgerlichen Parteien die Erneuerung im letzten Augenblicke verhinderten. Gegen die Erneuerung der Wirksamkeit des Gesetzes wird, so meint das „Pravo Lidu“, als gewichtigster, der Einwand gemacht, daß dadurch nichts Praktisches erzielt werden könnte, da, was an Wohnungen zu beschlagnahmen war, bereits beschlagnahmt wurde. Dieser Einwendung gegenüber stehen aber die Folgen, welche die Tatsache zur Folge hat, daß das Gesetz über die Beschlagnahme der Wohnungen nicht mehr erneuert wurde. Die bedenklichste Folge besteht darin, daß die Wohnungscommissionen, als über-

flüssig, aufgelassen wurden. Diese Kommissionen beschlagnahmen nicht nur unbewohnte Räume, sondern ihre hauptsächlichste Sorge bestand darin, daß die Zahl der Wohnungen nicht geringer werde und in jedem Falle zu verhindern, daß eine Wohnung, welche durch den Auszug des Mieters freigeworden war, nicht mehr zur Vermietung gelangte. Die Wohnungscommissionen waren bestrebt, zu verhindern, daß die Zahl der Wohnungen keine kleinere werde. Seitdem das Wohnungsbeschlagnahmengesetz aber abgelaufen ist, kommt es sehr oft vor, daß leer gewordene Wohnungen von den Hausbesitzern oder Wohnungseigentümern nicht mehr vermietet werden, daß sie sie für sich oder als Magazinräume verwenden. Es gibt niemanden, der den Hauseigentümern wehren würde, und so sind in zahlreichen Orten viele Menschen, die ohne Obdach sind. Je länger das Wohnungsbeschlagnahmengesetz außer Wirksamkeit bleibt, umso mehr muß sich dieser Zustand verschlechtern und die Wohnungsnot verschärfen. Die Erneuerung der Gültigkeit des Gesetzes ist daher von der größten Wichtigkeit, da sonst bald tausende Familien auf der Straße ohne Obdach sich befinden werden.

Zum Schutze der Merikalen. Der Anzeiger des Schulministeriums vom 1. d. M. verlaubbart den folgenden Erlaß: Im verflochtenen Schuljahre sind aus einigen Orten Beschwerden eingelaufen, daß an Volks-, Bürger- und Mittelschulen Agitationen zugunsten einzelner Bekenntnisse betrieben wurden. Eine solche Handlungsweise widerspricht dem interkonfessionellen Charakter der öffentlichen Schulen wie dem Geiste der Verfassungsurkunde der Tschechoslowakischen Republik, welche in dem Abschnitt über die Freiheit der Lehre und des Gewissens und Freiheit der Meinungsäußerung die Grundzüge religiöser Freiheit und Verträglichkeit klar bestimmt; deshalb muß man sie als einseitig ablehnen. Zudem ist der gesamten Lehrerschaft den Erlaß vom 9. Mai 1919 in Erinnerung bringe, erwidere ich dessen Gültigkeit auf die Professorenschaft der Mittelschulen und der diesen gleichgestellten Schulen und verlange, daß von solchen Beginnen abgesehen werde. Dieser Erlaß, der scheinbar den interkonfessionellen Charakter der Schule schützt, dient in diesem Falle nur den Merikalen; denn die unter der „Agitation“ zugunsten einzelner Bekenntnisse“ ist doch nur die freigeistige Bewegung gemeint, die durch die Festen von dem ehemaligen Minister Šauša gezeichneten Erlasse getroffen werden soll.

Verlängerung der Fristen für die Erneuerung der landwirtschaftlichen Kleinpachtungen.

Nach einer Verordnung vom 5. Oktober 1921 (Nr. 331 der Sammlung der Gesetze und Verordnungen) wurden die im Gesetze vom 12. August 1921, Nr. 313 S. d. G. u. V., festgesetzten Fristen folgendermaßen verlängert:

1. Die Frist zur schriftlichen Anzeige (gemäß § 1 des Gesetzes) des Pächters bzw. Mieters und die Frist für das gleichzeitig mit dieser Anzeige überreichte Verlangen um angemessene Ermäßigung des Pachtzinses für das Pachtjahr 1921/1922 bis zum 31. Oktober 1921.
2. Die Frist zu dem Verlangen des Verpächters auf angemessene Erhöhung des Pachtzinses für das Pachtjahr 1921/1922, wenn der Pacht (Mietpacht) auf Grund einer in der nach § 1 verlängerten Frist überreichten Anzeige erneuert wurde, bis zum 30. November 1921.
3. Die Frist zu dem Antrage gemäß § 5, Abs. 3, sofern es sich um Pachtzins für das Pachtjahr 1921/1922 handelt, bei einem Pacht, der auf

abende“ kündigt die Prager Konzertdirektion an, ebensoviele volkstümliche Sonntagsnachmittagskonzerte als Neueinführung im deutschen Prager Konzertleben verheißt uns die Konzertdirektion Dr. Jemaneč. Wenn nun auch noch unsere beiden Musikkonserthoratorien, die zahlreichen Gesangsvereine und was sonst an Konzertmittlern in Frage kommt, sich der gleichen Regsamkeit befleißigen, steht zu erwarten, daß die heurige Konzertsaison entweder mit einem nie erlebten künstlerischen Ergebnis oder mit einem finanziellen Zusammenbruch und Konzertkrach enden muß.

Die Praxis der heurigen Konzertsaison ist gleich in allerersten Anfängen auf akute Hindernisse gestoßen, die hoffentlich nicht chronisch werden: Programm-Aenderungen und Absagen können der Kunst zwar keinen Abbruch tun, aber an einer zur Regel werdenden Teilnahmslosigkeit des Publikums müßte sie wohl bald zugrunde gehen. Den Auftakt der diesjährigen künstlerischen Geschehnisse im Konzertsaale bildete das fünfte philharmonische Koncert im Neuen deutschen Theater. Wir sind gewöhnt, in diesen Konzerten die Festtage unseres Konzertkalenders zu erblicken. Von diesem fünften philharmonischen Konzerte läßt sich dies aber nicht behaupten. Sein Programm war interessant, aber nicht bedeutend wie sonst. Dirigent desselben war anstatt Jenkinson, Dr. J. A. L. J. J. J.; das heißt, daß wir einer sorgfältigen und tüchtigen Wiedergabe an Stelle musikalischen Erlebens und gemaler Offenbarung teilhaftig wurden. Vielleicht auch aus dem Grunde, weil Jenkinson 14 Tage später als gefeierter Gastdirigent in der Sächsischen Philharmonie erschien? An Gastdirigenten wird übrigens heuer kein Mangel sein; Weltberühmtheiten des Taktsodes, deren Er-

Grund einer in der nach § 1 verlängerten Frist überreichten Anzeige erneuert wurde, bis zum 31. Dezember 1921.

In der Frist bis zum 31. Oktober 1921 können die Anzeige auch diejenigen Pächter (Mietpächter) machen, deren Anzeige vor der Wirksamkeit dieser Verordnung über Einwendung des Verpächters gemäß § 8 des Gesetzes vom Gerichte wegen nicht rechtzeitiger Ueberreichung abgewiesen worden waren und kann, falls die Einwendungen gegen eine solche Anzeige noch nicht erledigt sind, diese wegen nicht rechtzeitiger Ueberreichung nicht abgewiesen werden. Gegen nach dem 30. September d. J., aber vor der Wirksamkeit dieser Verordnung überreichte Anzeigen kann der Verpächter Einwendungen (§ 8 Ges.) innerhalb 14 Tagen von der Wirksamkeit der Verordnung erheben. Die Verordnung enthält noch weitere Bestimmungen für den Fall schon erfolgter Weiterverpachtung über die allfälligen Ersatzleistungen.

Aus dem Parlamente.

Sitzung des Senatspräsidiums. — Senatssitzung 18. Oktober. — Die Frage der Uebersiedlung des Senats.

Gestern vormittags fand im Senatsgebäude eine Sitzung des Senatspräsidiums statt. Es wurde beschlossen, die erste Sitzung des Senats für Dienstag, den 18. Oktober, 3 Uhr nachmittags, einzuberufen. Zu Beginn der Sitzung wird Ministerpräsident Dr. Beneš namens der Regierung eine Erklärung abgeben. Ueber diese Erklärung wird die Debatte am 25. und 26. Oktober abgeführt werden. Sonst befinden sich auf der Tagesordnung der ersten Sitzung nur zwei kleinere Vorlagen. Eine größere Debatte entspann sich über die Frage der Verlegung des Senats in das, neben dem Rudolfinum neuerbaute und ursprünglich für Zwecke des Ministeriums für Außenhandel bestimmte Gebäude. Für die Uebersiedlung wurde geltend gemacht, daß dadurch verschiedene Einrichtungen des Parlamentes, wie Stenographenbüro, Verwaltung, Druckerei, Restauration, Bibliothek usw. gemeinsam mit dem Abgeordnetenhause geführt werden könnten, was eine nicht unwesentliche Ersparnis der Parlamentsauslagen bedeuten würde. Durch die Zusammenlegung der beiden Häuser des Parlamentes in zwei nebeneinander befindliche Gebäude könnte auch die öftere Anwesenheit der Minister bei den Sitzungen und den Dvornäckerkonferenzen herbeigeführt werden. Gegen die Uebersiedlung des Senats spricht vorläufig aber der gewichtige Umstand, daß der Sitzungsaal in dem neuen Gebäude räumlich unzureichend ist und kaum die Unterbringung der Sitze für die Senatoren ermöglicht. Für die Galerien und Journalistenlogen wäre vorläufig kein Raum vorhanden. Um das Gebäude für die Zwecke der Sitzungen des Senats brauchbar zu machen, müßte entweder eine Erweiterung des Saales oder der Einbau eines solchen erfolgen. Ein endgiltiger Beschluß wurde nicht gefaßt und es sollen vorerst Erhebungen darüber gepflogen werden, ob es möglich ist, einen geeigneten Saal zu schaffen. Der Senat soll, wie das Parlament, im heurigen Jahre hauptsächlich nur den Vorschlag für das Jahr 1922 erledigen, soll dann im Jänner und Feber tagen, um weitere Gesetzesvorlagen zu erledigen, worauf dann im März die Frühjahrsession zu beginnen hätte, deren Dauer bis Ende Mai bemessen ist.

Feuilleton.

Aus Prager Konzertsälen.

Die Seuche des Konzertfiebers greift immer mehr um sich; ihr letztes Stadium heißt Konzertschwärmerei. Nun ist auch Prag von ihr befallen worden. Angebot und Nachfrage im Prager Konzertsaale geraten in ein immer ärgeres Mißverhältnis zu einander, das durch die auch im Konzertleben eingetretene Teuerung noch verschärft erscheint. Schon sehen sich einzelne Konzertunternehmer bemüht, aus der Not eine Tugend zu machen, indem sie „im Interesse des Volkswohles“ datangehen, Verbilligungen der Eintrittspreise vorzunehmen. Nur so erklären sich ihre Bemühungen, in „volkstümlichen“ und „populären“ Konzerten, in Konzerten „zu ermäßigten“ und „besonders ermäßigten“ Preisen den nicht mehr zu vermeidenden Konzertschwärmerei hinauszuschieben. In der Tat, weder der musikalischbegeisterte Prager selbst, noch der kunstsuchende Fremde wird heuer Grund zur Klage haben, Kunststücker und Musiklust in Prag nicht stillen zu können. Wenn wir die von den verschiedenen Konzertdirektionen und Musikfördergesellschaften für die heurige Konzertsaison in Aussicht gestellten Kunstereignisse kritisch ins Auge fassen, müssen wir uns in ehrlicher Weise die Gewissensfrage stellen, ob all dies künstlerische Geschehen auch den entsprechenden Widerhall im Publikum wird finden können. So verspricht uns allein die Sächsische Philharmonie in 28, bis Ende Dezember zu absolvierenden Konzerten, 19 Uraufführungen und 43 Erstaufführungen größerer symphonischer Werke mit einer nicht minder zahlreichen Serie hervorragender Solistinnen, unter ihnen 8 der be-

deutendsten deutschen Meister des Taktsodes. Gleich vielversprechend ist das General-Saisonprogramm der altbewährten tschechischen Philharmonie, die heuer das Jubelfest des zwanzigjährigen Bestandes feiert. Ein Zyklus 20 tschechischer Meistersymphonien und eine stattliche Zahl von Ur- und Erstaufführungen symphonischer Werke heimischer und fremder Autoren werden von ihr in Aussicht gestellt. Aber auch die deutsche Konzertsaison Prags verspricht, nicht nur mit der Konzertschehnissen tschechischer Veranstalter Schritt zu halten, sondern dieselben in mancher Hinsicht noch künstlerischer zu überflügeln. So steht uns eine bedeutsame „Prager deutsche Musikwoche“ bevor, die unter dem Titel „Neuere deutsche Komponisten in der Tschechoslowakei“ eine Reihe hochinteressanter Kunstveranstaltungen vorsieht. Einen Inklus musikalisch-wissenschaftlicher Vorträge, deren spiritus rector der Prager Musiklehrer Dr. Steinhardt ist, verheißt uns die Prager Musikfachzeitschrift „Der Musikant“. Die „Urania“ wird ihrer Aufgabe als Volksbildungsverein auch auf musikalischen Gebiete durch eine Anzahl von Kompositionsabenden deutscher, englischer, französischer, italienischer, spanischer Meister entsprechen. Sechs außerordentliche Kammermusikabende wird Paul Stuber mit einem eigens zusammengestellten Kammerorchester Prager Künstler zur Aufführung bringen; ihre Sensation soll die Uraufführung eines Monodramas „Die Hand“ von Arnold Schönberg sein. Die Geigerin Christa Richter will uns im Verein mit Stuber die „Geschichte der Violinsonate“ in einem Konzertzyklus veranschaulichen. Daß sich erst recht die öffentlichen Konzertunternehmer die größte Mühe geben, hinter der privaten Konzerttätigkeit nicht zurückzufallen, ist Bar. 15. Meister-

scheinen früher einmal die musikalischen Gemüter unserer Stadt tagelang vorher und nachher in Aufregung versetzt hätte, werden kommen und gehen, als wären sie gewohnt, selbstverständliche Gäste unserer Konzertsäle. Früher haben wir oft in einem ganzen Jahre nicht so viel berühmte Dirigenten zu Gast gesehen als uns heuer der Monat September allein beschert hat. In der tschechischen Philharmonie dirigierte der berühmte französische Meisterdirigent Rene Baton, in der Sächsischen Philharmonie wieder war Gelegenheit, zwei der bedeutendsten deutschen Meister des Taktsodes, den Münchener Generalmusikdirektor Bruno Walter und den Berliner Philharmonie-Dirigenten Oskar Fried, kennen zu lernen. Rene Baton fand erklärlicher Weise ebensoviel Publikum wie rauschenden Beifall; er ist auch tatsächlich ein Meisterdirigent ganz großer Form, der namentlich durch die Kraft leidenschaftlichen Ausdrucks imponiert. Ganz anders wirkt dagegen der Münchener Meister Bruno Walter in der abgeklärten Ruhe und erhabener Ausdrucksgröße seines Dirigententums; hier fühlt man den Schumann'schen Anspruch Erfüllung werden, daß nur ein Genie das andere richtig zu verstehen vermag. Nur hätte Walters geniale Offenbarungsgabe als reproduktiver Meister an einem weniger geradlinigen und eindeutigen Programme, als es Mozarts Jupiter-Symphonie und Walters „Erste“ darstellt, auf wirken sollen. Scham und Weh zugleich erfüllt mich, wenn ich an das Debut des Berliner Meisterdirigenten Fried denke, das vor halb leerem Saale stattfand. Kennt das „musikalische“ Prag diese prominente Musikerpersönlichkeit so wenig, oder müßte gerade Fried das erste Opfer akuter Konzertübersättigung des Prager Publikums sein? In der Sächsischen Philharmonie

Ausland.

Poincaré als Miturheber des Krieges.

Wir wissen, welches vollgerüstete Maß von Schuld Berchtold, Bilinski, Wilhelm II. und die anderen verantwortlichen Leiter der Zentalmächte am Ausbruch des Weltkrieges trugen. Darüber die Wählerreien zu übersehen, den sich Franzosen und Russen schuldig machen, um die Welt in Brand zu setzen, wäre jedoch wohl töricht. Augenblicklich überführt den der französische Historiker Renaud in Briefen der „Lanterne“ Herrn Poincaré in vernichtender Weise der vorbereitenden Kriegsbereitungen.

Jawolski — so schreibt Renaud — hatte im Jahre 1908 Oesterreich freie Hand gelassen bei der Annexion von Bosnien und der Herzegowina, gegen die Zustimmung, doch Oesterreich die russische Meerengen-Politik unterstützen werde. Lehren hat in dieser Frage sein Wort nicht gehalten und Jawolski kann deshalb auf Nahe zu einem Kriege, der ebenjohrer der Befriedigung des persönlichen Revanchebedürfnisses des russischen Außenministers wie der der territorialen Ambitionen Russlands galt, bedurfte Jawolski er Mitarbeiter Frankreichs. Jawolski ließ sich um Botschafter in Paris ernennen, nachdem er als russische Außenminister mit einer seiner Kreaturen hatte besetzen lassen, und widmete sich in Paris ausschließlich der Vorbereitung einer auf den Krieg abzielenden Politik.

Im Jahre 1912, so fährt Renaud in seinem Brief an Poincaré wörtlich fort, „nennen Sie nach Petersburg, und da Sie es als Ministerpräsident taten, werden Sie sich diesmal nicht unter die Verfassung verstecken können. Nach Ihren eigenen Angaben haben Sie damals in Russland Kenntnis erhalten von dem zwischen Griechenland, Bulgarien, Serbien und Montenegro gegen die Türkei geschlossenen Abkommen. Dieses Abkommen, dessen treibende Kraft Rußland war und dessen Ziel nach Ihrem eigenen Einverständnis der Krieg gegen die Türkei war, misfiel den ersten Balkankrieg. Wir haben es hier also mit einer französisch-russischen Balkanpolitik zu tun. Unter dem Schutze Rußlands haben die Slawen des Balkans den Krieg im Jahre 1912 eröffnet und wenn nicht dieser Krieg damals bereits ganz Europa in Flammen gesetzt hat, wie dies 1914 geschehen ist, so lediglich deshalb, weil Deutschland im Jahre 1912 friedlich sein wollte. Jedenfalls aber hatte bereits 1912 die russisch-französische Bündnispolitik den Zentrmächten einen Grund zum Kriege gegeben. Blückerweise wollte ihn Deutschland nicht, umf wäre er bereits damals aus Anlaß der von Rußland und von Ihnen auf dem Balkan angezielten Politik ausgebrochen. ... Frankreich hatte damals als Botschafter in Petersburg Herrn Georges Louis, der im Gegensatz zu Jawolski und Sazonow Anhänger einer Politik friedlicher Verständigung war und dieser Aufnahmehalt in Petersburg infolgedessen ein ewiger Kampf mit der Jawolski-Partei war. Herr Georges Louis nun wurde am 17. Februar 1913 auf das Ersuchen Sazonows hin, zweifellos nur deshalb, weil er Pazifist war, von Delcasse, einem unbedingten Anhänger Ihrer Kriegspolitik, von seinem Posten abberufen. Die Partei Jawolski-Sazonow wollte in Petersburg keinen friedlich gesinnten Botschafter haben und Ihre Regierung hat diesem Wunsch nachgegeben, indem sie Georges Louis opferte.

Das war der erste Akt. Diese Ihre Politik und die Politik Sazonows auf dem Balkan waren entscheidend für die Entwicklung, die zu dem Kriege von 1914 führte. Die Fehler und Verbrechen liegen weit mehr noch im Jahre 1912 als im Jahre 1914. Trotz des Balkankrieges, für den Sie, Herr Poincaré, ebenso verantwortlich sind wie Rußland selbst — denn Sie haben, freiwillig oder nicht, dessen Politik unterstützt — wurde im Jahre 1912 der Friede in Europa aufrechterhalten, weil die Zentrmächte sich damals nicht in einen Krieg hineinziehen lassen wollten, umso mehr, als England, Frankreich und Rußland ihnen die Respektierung des Status quo auf dem Balkan zugesichert hatten. Der Friede von Bukarest, der den ersten Balkankrieg beendete, hat trotz dieses Versprechens die europäische Türkei aufgeteilt. Von diesem Augenblick an haben die Zentrmächte zum Krieg gerüstet, weil sie ihre osteuropäischen Interessen verlor haben, und sie ergriffen die erste Gelegenheit, ihn zu entfesseln. Das Verbrechen von Sarajewo lieferte ihnen dazu den Vorwand.“

Die oberschlesische Entscheidung.

Da der Wochenbeginn schon lang als Stichtag der Entscheidung erwartet worden ist, sammeln sich um diesen kritischen Zeitpunkt herum eine Unzahl von Gerüchten. „Sforzalinien“, „Lösung des Industriedreiecks von Deutschland“, „Reichere Gaben für Polen“, „Neutralisierung von Bielefeld bis Hindenburg“, so schwirrt es abenteuerlich durch die Luft, sicher aber scheint nur eines: daß die vier Herren des Völkerbundes, welche die Frage beraten sollen, an einem toten Punkt angelangt sind und daß die Botschafterkonferenz wieder in Aktion tritt. Ob auch dem Namen nach oder als Triebkraft hinter dem Völkerbundrat, der den letzten Rest von Ansehen nicht gern preisgeben möchte, tut eigentlich wenig zur Sache. Jedenfalls wird der von der Entente stets emphatisch verkündigte Grundsatz der „Gerechtigkeit“, an dessen Einhaltung innerhalb der kapitalistischen Welt sowieso kein Vernünftiger glaubt, zu Gunsten der Macht- und Vorteilspolitik glatt fallen gelassen werden. Und weil Frankreich dank den türkischen Vorfällen augenblicklich wieder die erste Geige im Orchester der Mächte spielt, wird Polen so viel erreichen, als die Rücksicht auf Wiesbaden

Neue Panik in Oesterreich.

Ein Run auf Banken und Sparkassen.

Wien, 11. Oktober. Die seit gestern im Umlauf befindlichen Gerüchte über finanzielle Maßnahmen des neuen Finanzministers haben heute einen stürmischen Andrang des Publikums bei den Banken und Sparkassen verursacht. In Erinnerung an die feinerzeitige Depotsperre haben überall Abhebungen stattgefunden. Nicht nur in Wien ist eine Panik des Publikums ausgebrochen, auch aus Graz und den anderen Bundeshauptstädten liegen ähnliche Meldungen vor. Heute mittags ist ein offizielles Kommuniqué publiziert worden, das die Erregung einigermaßen beschwichtigen soll.

Wien, 11. Oktober. (Antlich.) Von unverantwortlichen Elementen werden heute wiederum Gerüchte über unannehmbar bevorstehende tiefgreifende Gewaltmaßnahmen der Finanzverwaltung geflüstert, verbreitet und alarmierende Nachrichten über Anforderung von Effekten und Valuten, von Zwangsanleihe, Notenabstempelung und Kontosperrung herumgetragen. Gegenüber diesen von gewissenlosen Hehern in unverkennbarer Absicht ausgeföhrenen, in der Bevölkerung Angst und Unruhe hervorrufenden plumpen Erzählungen erfahren die Blätter von einer mit den Absichten des Finanzministers Dr. Girtler wohl informierten Stelle, daß alle diese Ausstreunungen vollständig unbegründet sind, schon aus dem einfachen Grunde, weil der Finanzminister gerade jenes Gebiet, in welches derartige Maßnahmen fallen, dem Generalrat Dr. Rosenbergs einzuräumen gedankt, dieser jedoch erst in der vergangenen Nacht aus Prag zurückgekehrt ist und der Finanzminister erst in der Mittagsstunde seine Besprechungen mit ihm begann.

Finanzdebatte im Nationalrat.

Wien, 11. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) In der heutigen Sitzung des

Finanzausschusses trat der neu gewählte Finanzminister Dr. Girtler den Gerüchten entgegen, die von gewissen Elementen, die als Hyänen unseres wirtschaftlichen Lebens an Poststimmungen interessiert sind, hervorgebracht werden. Er gab als Ergebnis seiner Unterredung, die er mit seinem Mitarbeiter Generalrat Rosenbergs hatte, folgende Erklärung: Die Regierung denke nicht daran, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, welche den öffentlichen Kredit und das Vertrauen in die Rechtssicherheit erschüttern könnten. Ebenso denke er nicht an eine Notenabstempelung oder eine zwangsweise Anrufung anderer Werte. Er glaube, daß die der Bevölkerung gemessen wird, um eine gewisse Atmosphäre der Beruhigung und jene Grundlagen zu schaffen, die es der Regierung ermöglichen, für die Beschaffung der notwendigen Mittel in Formen zu sorgen, die weder den legitimen Handel noch die legitime Produktion jener Mittel berauben, die diese zur Bestellung ihrer volkswirtschaftlich so wichtigen Geschäfte bedürfen. Gen. Dr. Bauer erklärte in der Debatte, daß auch die Sozialdemokratie eine Notenabstempelung für schädlich halte. Die Erklärung des Finanzministers, daß die Regierung auch eine zwangsweise Anforderung anderer Werte nicht ins Auge fasse, hält Bauer für verfehlt. Die Regierung greife damit dem Finanzplan vor, von dem die Sozialdemokratie gemeint hätte, daß er wirklich mit notwendiger Schnelligkeit und Energie durchgeführt werden müßte, mit den Parteien gemeinsam festgestellt werden müßte. „Es sei bedenklich, wenn die Mittel, die wir für unerlässlich halten, ausgeschlossen werden.“ Jedenfalls möchte Redner die Regierung vor einer Bindung in dieser Richtung warnen. — Der Minister beachte sodann zwei neue steuerrechtliche Gesetzesvorlagen ein, womit die Einhebung der Steuern beschleunigt werden soll. Diese beiden Vorlagen wurden vom Ausschusse angenommen.

Ein Sieg der Griechen?

Athen, 10. Oktober. (Savas.) Der amtliche Bericht vom 8. ds. besagt, daß die am 30. September begonnene große Schlacht bei Kifissos mit einem Siege der Griechen geendet hat. Die Türken wichen vor den griechischen Truppen auf der ganzen Linie und zogen sich in südöstlicher Richtung zurück. Im Abschnitte von Gostschew verfolgten griechische Truppen die Türken jenseits des Sagarassflusses.

Eine Stimme der Vernunft.

Paris, 9. Oktober. In einem Artikel über die bürgerländische Frage erklärte „Europa Nouvelle“: Dem nachgiebigen Verhalten der Oberkommissare der Entente in Budapest, die auf Drängen der ungarischen Regierung eine zweitägige Frist zur Befreiung von Parana und zur Uebergabe der westungarischen Komitate zugesprochen hat, sei es zuzuschreiben, daß die Angelegenheit des Burgenlandes bis zur gegenwärtigen Krise anwachsende konnte, die selbst den Frieden Zentraleuropas bedrohe. Man habe in Budapest die verdeckte Absicht, nach dem Muster der westungarischen Angelegenheit die ganze ungarische Frage aufzutrollen. Wenn Ungarn bei diesem ersten Versuch nicht energisch zur Ordnung gerufen werde, sei zu erwarten, daß demnächst die Fragen von Preßburg und Kaschau, von Klausenburg oder Maria Theresiopel entstehen werde. Nur die drei Nachbarstaaten Ungarns, die die kleine Entente bilden, seien in der Lage, den Frieden Zentraleuropas zu sichern. Der Artikel betont: Von vielen Seiten wird bedauert, daß man sich so sehr bemüht, Ungarn die ersten Folgen seines Widerstandes zu ersparen und das sich in einem Zeitpunkt, da das militärische Regime Ungarns in eine Sackgasse geraten sei, helfende Hände finden, um es zu retten. Für Frankreich gebe es daher nur eine Richtlinie: Engle Verbindung mit der kleinen Entente, Verteidigung der Lebensinteressen der neuerschaffenen Staaten und Zusammenarbeit mit diesen beim Werke des Wiederaufbaues Donauuropas.

Wiener Tagung der Völkerbundgenossenschaft.

Wien, 11. Oktober. Vom Donnerstag bis Samstag findet in Wien die Generalsitzung der Völkerbundgenossenschaft statt. Einzelne Völkerbundsdelegierte sind bereits heute in Wien eingetroffen, die übrigen werden im Laufe des morgigen Tages in Wien erwartet. An der Konferenz nehmen teil Vertreter folgender Staaten: Deutschland, Belgien, Argentinien, China, Frankreich, England, Ungarn, Griechenland, Italien, Niederlande, Rumänien, die Tschechoslowakei, Schweden, Rußland, Schweiz, Bulgarien, Estland, Japan, Polen und Norwegen.

Spanische Erfolge in Marokko.

Madrid, 10. Oktober. Nach einer amtlichen Meldung haben die spanischen Truppen die Höhen des Gurugu, welcher die Hauptstellung des Feindes bildete, erstritten. Der Feind hatte im allgemeinen nur geringen Widerstand geleistet.

Letzte Nachrichten.

Ein Ortschaftmann aus Bodenbach hinandergeworfen.

Aus Bodenbach wird uns telephoniert: Dienstag abends wollten die Deutschnationalen im „Deutschen Hause“ eine Versammlung abhalten, bei der der deutschnationale Abgeordnete Lam bach aus Berlin über Sozialismus, Kapitalismus und Nationalismus sprechen sollte. In diese öffentliche Versammlung kamen außer etwa 40 Deutschnationalen noch 1200 Arbeiter. Letztere bereiteten jedoch dem Herrn Abgeordneten keinen herzlichen Empfang, sondern zwangen ihn, bestimmt und eindeutig schleunigst seine Zelte in Bodenbach abzubrechen und mit dem nächsten Zug unter dem Schutze der Gendarmen heimzukehren. Einstweilen verwandelte sich die deutschnationale Versammlung in eine sozialdemokratische mit dem gleichen Thema.

Die Reise der deutschen Abgeordneten und Senatoren.

Kaschau, 11. Oktober. (Tsch. P. B.) Mit dem Abendschnellzuge ist hier die Delegation deutscher Abgeordneter und Senatoren unter Führung Dr. Lodgmanns eingetroffen. Sie wurde am Bahnhofe von dem Vertreter der magyarischen Politiker und den Vertretern der deutschen Soldaten aus Pöhmer, die in Kaschau garnisonieren, empfangen. Vor dem Bahnhofe begrüßte eine kleine Gruppe die Ankommenden mit Eisenrufen. Die deutschen Abgeordneten und Senatoren wurden sodann von den magyarischen Gastgebern in die Hotels, in denen sie untergebracht sind, begleitet.

Ausweisung der Juden aus Lettland.

Warschau, 11. Oktober. Die P.M.A. meldet aus Riga: Die lettlandische Konstituante verhandelte über die Frage der Ausweisung der Juden. Darob herrscht im ganzen Lande unter den Juden große Beunruhigung. Der Aufenthalt in Lettland kann nur jenen Juden gestattet werden, welche ununterbrochen 10 Jahre im Lande wohnen.

Der Kampf um Westungarn.

Der tägliche „Kriegsbericht“.

Bruch a. L., 11. Oktober. (Tsch. P. B.) Gestern abends kam es zu einem heftigen Zusammenstoß der magyarischen Verbände mit der österreichischen Reichswehr. Auf beiden Seiten wurden Maschinengewehre in Tätigkeit gesetzt. Starke magyarische Abteilungen versuchten auf österreichisches Gebiet einzudringen, wurden jedoch von der Reichswehr abgeschlagen. Der Versuch, den Fluß zu überschreiten, mißglückte und die Magyaren zogen sich zurück.

Geplänkel an der österreichischen Grenze.

Wien, am 11. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Bei Bruch a. L. war gestern abends sehr lebhaft feindliche Maschinengewehr- und Gewehrtätigkeit in der Richtung vom Spitalberg her gegen unsere Stellungen und gegen die Stadt Brud. Vorgeschobene feindliche Posten warfen Handgranaten. An verschiedenen Orten der Grenze gibt es ständiges leichtes Geplänkel. Ueber Dainburg flog Samstag von Ungarn her ein Flugzeug, dessen Inhaberschaft nicht festgestellt werden konnte. In Eisenstadt sind Quartiere für 26.000 Mann hergerichtet worden. Zugedien ist von Eisenrufen aller Jahrgänge überfüllt.

Die Kommunisten rufen zu den Waffen.

Wien, 11. Oktober. (Tsch. P. B.) Die „Rote Fahne“ veröffentlicht einen Aufruf des Volksgeschusses der kommunistischen Internationale, in welcher die österreichische Arbeiterschaft aufgefordert wird, sich zu bewaffnen. In dem Aufrufe wird darauf hingewiesen, daß entgegen dem Kopenhagener Abkommen Munition durch Oesterreich nach Polen und Rumänien geschafft wird, welche beiden Staaten gegen Sowjetrußland mobilisieren. Weiters wird auf die Möglichkeit eines monarchistischen Umsturzes in Oesterreich sowie auf die Möglichkeit einer Offensive Horthy's in Magyarien hingewiesen.

Die Hungersnot in Rußland.

Englische Hilfe.

London, 11. Oktober. (Laurenzi.) Die Blätter äußern den allgemeinen Wunsch der Völklichkeit, dem hungernden Rußland rasche und ausgiebige Hilfe zu leisten. Die englische Regierung stellte dem englischen Hilfskomitee des Roten Kreuzes Vorräte im Werte von einer Viertel Million Pfund Sterling, enthaltend Nahrungsmittel, Kleidung etc., zur Verfügung. Diese bedeutende Gabe genügt aber nicht, und ist nur ein geringfügiger Bruchteil dessen, was zur Linderung der Not beitragen könnte.

lich und endlich in erster Linie besorgten Franzosen wird rätlich erscheinen lassen. Ob der deutsche Hilferuf an England noch etwas Fruchtung wird, ist mehr als fraglich. Auch werden sich die Deutschen selbst sehr viel dadurch, daß sie sogar Rhbnik und Pleß als unentbehrliches Besitztum verkünden und so ihren Abwehrkampf nicht dorthin konzentrieren, wo er am nötigsten ist und am meisten Erfolg verspricht: gegen die Fortnahme des ganzen Industriebezirks unter irgend einer Scheinoffession an Deutschland. Es läßt sich leicht beweisen, daß die wirtschaftliche „Autonomie“, wie die vier Mächte des Völkerbundes sie sich vorstellen, ein ungeheures Chaos und wegen der unaufhörlichen Reibungen Kriegsbürger in Menge ergeben müßte. Die bürgerliche Presse droht dagegen mit einem russischen Bündnis und einer Boykottierung Polens und einem Generalsturm gegen Wirtk. Sie täte gut daran, statt der Hitze Ruhe walten zu lassen. Denn ein heißer Kopf hat schon so manchen um eine sonst haltbare Position gebracht.

Erregung wegen Oberschlesiens.

Berlin, 11. Oktober. (Tsch. P.) Der „Vorwärts“ ist infolge der für Deutschland ungünstig lautenden Nachrichten aus Genf um das Schicksal des Kabinetts Wirtk besorgt. Das Blatt schreibt: Die Sozialdemokratie steht mit einigen einsichtsvollen bürgerlichen Politikern in Verteidigungsstellung zum Schutze des Kabinetts Wirtk und seiner bisherigen Politik. Sie ist von vorne angegriffen von den Nationalisten Deutschlands und im Rücken bedroht durch die Entscheidung über Oberschlesien. Ob sie in stande ist, ihre Stellung zu halten, das wird von der Entscheidung über Oberschlesien abhängen. Fällt diese so ungünstig aus, wie hier befürchtet wird, so werden wir deshalb noch nicht die Flinte ins Korn werfen, aber wir dürfen uns auch nicht verhehlen, daß dann die Zukunft sehr dunkel vor uns liegt. — Das „Berliner Tageblatt“ hört, daß gestern abends, veranlaßt durch die Marinnachrichten aus Genf, eine Abordnung von deutschen Arbeitervertretern nach London abgereist ist. — Der Genfer Berichterstatter des „Berliner Tageblatt“ warnt vor allen den Tatsachen voraussetzenden Phantasiebildungen, da die Veratungen über Oberschlesien bisher nicht abgeschlossen seien. Er erwähnt, daß es als Endergebnis der Genfer Beratungen ein Uebergangsregime im Industriegebiete unter autonomer Verwaltung des Völkerbundes herausgelien könnte.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Deutsche und tschechische Gewerkschaften.

Im Sitzungszimmer des tschechoslowakischen Zentralgewerkschaftsrates in Prag hielt der feinerzeit eingefetzte gemeinsame Ausschuss zur Vorbereitung eines einheitlichen Zusammenwirkens in der Gewerkschaftsbewegung vorige Woche eine Sitzung ab, deren Beratungen einen ganzen Tag in Anspruch nahmen. Das Ergebnis dieser Sitzung ist in folgender Mitteilung zusammengefasst:

Die am 4. Oktober 1921 abgehaltene Beratung des zueinanderliegenden Ausschusses der beiden Gewerkschaftszentralen bestätigte neuerdings ausdrücklich den in der letzten gemeinsamen Beratung aufgestellten Grundsatze der einheitlichen Organisation in einem Staate im Sinne der Beschlüsse der internationalen Gewerkschaftskongresse.

Behufs Durchführung dieses Grundsatzes haben die Vertreter des C. O. S. ihre Anträge vorgelegt, denen gegenüber die Vertreter der deutschen Gewerkschaftskommission in Reichenberg verlangt haben, dass, bevor diese Anträge durchberaten werden, ein gemeinsamer Ausschuss gebildet werde, der nicht nur die Anträge für die Einheitsorganisationen, sondern auch gemeinsame aktuelle Fragen wirtschaftlicher und sozialer Natur zu lösen und das gemeinsame Vorgehen als Vorbedingung des zukünftigen Zusammenschlusses zum Ausdruck zu bringen hätte. Sie verlangten den Aufschub der Beratung, damit sie die Anträge des C. O. S. der Plenarversammlung ihrer Vorstände zur Diskussion vorlegen können.

Die Vertreter des C. O. S. erklärten hierzu, dass die Vorbedingung des gemeinsamen Vorgehens der gegenseitige Wille und die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Einheitsorganisation sei. Unter dieser Voraussetzung ist die Gründung eines gemeinsamen Ausschusses ein unbedingter Bestandteil des ursprünglichen Vorschlages und eine Bestätigung des Grundsatzes der Einheitsorganisation, der bereits angenommen und schon in den früheren Anträgen enthalten war. Zu dieser Einheitsorganisation würde der gemeinsame Ausschuss ein Uebergangsstadium bilden, welches den gegenwärtigen Organisationsverhältnissen entsprechen würde.

Die Vertreter des C. O. S. überreichten hierauf im Sinne dieser Erklärung einschlägige Anträge.

Die Beratung wurde hierauf vertagt und wird neu einberufen werden, sobald die Vertreter der deutschen Gewerkschaftskommission in Reichenberg das Resultat der Beratungen ihrer Vorstandskonferenz mitteilen werden.

*) Odborové Srazeni Čoskoslovenské.

Englands Außenhandel. Der Wert der englischen Einfuhr betrug im September 17,118,507 Pfund Sterling, d. h. 65,638,629 Pfund Sterling weniger als im September 1920. Der Export betrug 55,247,578 Pfund Sterling, d. h. 62,208,335 weniger als im Vor-

jahre und der Reexport betrug 8,594,644 Pfund Sterling, d. h. 4,755,964 weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der „Oberber“ bezeichnet obige Zahlen, die einen riesigen Rückgang der Ein- und Ausfuhr aufweisen als ein Bild der ernststen Lage des britischen Handels.

Niefengewinn der böhmischen Zuckerindustrie-Gesellschaft. Wie wenig die Wirtschaftskrise auf die Einkünfte der Kapitalisten wirkt, zeigt der in der vorgefertigen Generalversammlung der böhmischen Zuckerindustrie-Gesellschaft vorgelegte Rechnungsabschluss für das Jahr 1920-1921. Die Gesellschaft weist einen Reingewinn von 10,035,300 Kronen aus (im Vorjahre betrug der Reingewinn 4,639,836 Kronen), was einer 83 prozentigen Verzinsung des Aktienkapitals entspricht, das gegenwärtig 12 Millionen Kronen beträgt. In der Generalversammlung wurde der Beschluss gefasst, das Aktienkapital von 12 auf 20 Millionen Kronen zu erhöhen. Die neuen Aktien werden zum Ankaufe der Modraner Zuckerraffinerie verwendet werden.

Ausperrung in der Brüxer Maschinenfabrik Sedlacet. In der Maschinenfabrik Sedlacet in Brüx ist Montag ein Streik ausgebrochen. Das Fick. P. bringt hierüber folgenden Bericht: In einigen Abteilungen der Fabrik wurde infolge mangelnder Bestellungen nur 40 Stunden in der Woche gearbeitet. Die Arbeiterschaft forderte nun, es solle auch in diesen Abteilungen normal gearbeitet werden, was von der Fabrikleitung abgelehnt wurde. Hierauf wurde gestern der Streik inszeniert. Die Fabrikleitung antwortete mit der Aussperrung sämtlicher Arbeiter und forderte sie auf, Dienstag ihre Bücher zu beheben. Dienstag vormittags hielten die Arbeiter eine Versammlung ab und entsandten zur politischen Bezirksverwaltung eine Abordnung mit dem Ersuchen, die Vermittlung zu übernehmen. Gestern nachmittags wurde beim Verbands in Teplitz-Schönau über die Schlichtung des Konfliktes verhandelt. Insgesamt handelt es sich hierbei um 157 Personen. Die öffentliche Ruhe und Ordnung wurde nicht gestört. Dieser Schlussatz des Berichts verdient unterstrichen zu werden. Das 157 Arbeiter ausgesperrt wurden, ist für Unternehmer und für das Pöbelbüro eine Kleinigkeit. Die Hauptsache bleibt, dass die „öffentliche Ruhe und Ordnung nicht gestört“ wurde.

Die Opfer des Bankbeamtenstreiks. „Der Bankbeamte“, das Organ des Verbandes der Bank- und Sparkassenbeamten in der Tschechoslowakischen Republik, veröffentlicht eine Statistik der Opfer des Bankbeamtenstreiks. Bei Wiederaufnahme der Arbeit waren bei sämtlichen deutschen Instituten 268 Streikopfer zu verzeichnen. Nach dem Stand vom 1. Oktober wurden von den deutschen Banken 110 Beamte rückerübernommen, 93 befinden sich in neuen Stellen. Die Zahl der Stellenlosen beträgt demnach insgesamt 65. Diese Ziffer besteht aus 7 definitiven und 58 provisorischen Beamten. Alle Stellenlosen erhielten bis jetzt ihre vollen Bezüge aus dem Widerstandsfonds ausgezahlt.

Die Ausfuhr von Mehl aus Ungarn. Laut einer Verordnung des ungarischen Finanzministeriums wird die Bewilligung zur Ausfuhr von Mehl und Mählprodukten fortan nur mit Gültigkeit bis spätestens 30. November 1921 erteilt werden. Die Ausfuhrgebühren werden bis auf Weiteres für Nullermehl, falls die Abschlüsse zum Verkauf ins Ausland bis 1. Ok-

ttober zustande kamen, mit 800 Kronen, für Roggen unter denselben Bedingungen mit 700 Kronen und in jedem anderen Falle für beide Sorten mit 1300 Kronen pro Meterzentner festgesetzt.

Maßnahmen der Schweiz gegen die Arbeitslosigkeit. Der Schweizerische Bundesrat beschloß, zwecks Linderung der Arbeitslosigkeit der Schweizer Uhrenindustrie Kredite in der Höhe bis zu 20 Millionen Franken zu bewilligen.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 308 3/4, 100 Mark 76 3/4, 100 schweiz. Franken 166 3/4, 100 Lire 366, 100 franz. Franken 97 3/4, 1 Pfund Sterling 355, 1 Dollar 91 3/4, 100 belg. Franken 664, 100 Beso 1231 1/2, 100 Dinar 149 3/4, 100 Lei 80, 100 österr. Kronen 3.50, 100 poln. Mark 2.02, 100 ung. Kronen 14.47 tsch. Kronen.

Aus der Partei.

Die Bezirkskonferenz Weipert findet Sonntag, den 23. Oktober, in Schmiedeberg statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Aussprache wegen Zugehörigkeit zum Kreis Teplitz oder Kreis Karlsbad, Stellungnahme zum Parteitag und Wahl der Delegierten.

Frauen-Bezirkskonferenz in Bodenbach. Sonntag, den 10. d. M., fand in der Volkshalle in Bodenbach die diesjährige ordentliche Frauen-Bezirkskonferenz statt, die von 49 Genossinnen von fast allen Frauensektionen des Bezirkes besucht war. Den Vorsitz führte Genossin Perichen, die auch den Bericht erstattete. Im Bezirk bestehen gegenwärtig 25 Frauensektionen mit 1965 Mitgliedern. Genossin Jordan-Teplitz sprach über Sozialistische Kindererziehung. Die ausgezeichneten Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Bei den sodann vorgenommenen Neuwahlen wurden die Genossinnen Berthen zur Vorsitzenden, Till-Politz zur Stellvertreterin, Zitowisch-Losdorf zur Schriftführerin, Klemen-Skofawitz zur Stellvertreterin, die Genossinnen Krünzner-Mistabi, Altmann-Weipert, Steinig-Krochowitz, Tröster-Seldnich, Fader-Teplitz und Köhler-Toplowitz zu Mitgliedern der Bezirksleitung gewählt. Zur Frauen-Bezirkskonferenz wurde Genossin Altmann delegiert.

Eine Kreisversammlung des Kreises Nordmähren des Sozialistischen Jugendverbandes fand am 9. Oktober im „Arbeiterheim“ in Mähr.-Schönberg statt. Die Konferenz war gut besucht, als Vertreter des Verbandsvorstandes nahmen Genosse Paul-Teplitz als Vertreter der Kreisleitung der Partei, Genosse Kauer-Mähr.-Schönberg an den Verhandlungen teil. Nach einem ausführlichen Referate des Genossen Paul über die nächsten Aufgaben wurde ein Antrag auf Verlegung des Sitzes der Kreisorganisation nach Sternberg einstimmig angenommen. Zum Kreisvertrauensmann wurde Genosse Hajtschel-Sternberg gewählt.

Kunst und Wissen.

Das Auffiger Stadttheater bot Sonntag, den 9. Oktober mit einer vollkommen neuen Inszenierung von Goethes Faust I. Teil einen überzeugenden Beweis der künstlerischen Entwicklungsfähigkeit einer gut geleiteten mittleren Bühne. Die Regie hatte wagemutig mit allen Ueberlieferungen gebrochen und den „Faust“ geradezu modern aufgefäht und inszeniert. Vermittelt Stillebühne, in deren Rahmen Harry Bartl höchst stimmungsvolle, in ihrer geschmackvollen Einfachheit wirksamste Bilder bot, gelang es den „Faust“ mit dem „Prolog im Himmel“ binnen kaum vier Stunden zu

spielen. Die Gestaltung des Faust selbst stellt auch an ganz reife Künstler schwierigste Anforderungen und es bedeutet daher keinen Zufall, daß Herr Czimega seiner Aufgabe nicht ganz gewachsen war. Einen ausgezeichneten Repertoireapart in Maske und in der Auffassung seiner schwierigen Rolle, stellte Herr Wehland. In dieser einheitlich abgerundeten, höchst erfreulichen Vorstellung gaben alle Mitwirkenden ihr Bestes. Mit gewissen Erwartungen sah man dem Debüt des Fräulein Maria Paudler entgegen, die als Gretchen überhaupt zum ersten Male die Bühne betrat. Sie besaß jene süße, unbefangene Kindlichkeit, die den Zauber der Sechzehnjährigen bedeutet, welcher den Denker Faust zum Naturkinde zieht. Alfred Huttig konnte als Direktor und Regisseur einen Ehrenabend verzeichnen.

Neues Theater. Heute Erstaufführung von Sidney Garrids Drama „Das Geständnis“. Donnerstag: Langabend Schwestern Wienthal und Paul Czimmers „Satans Maske“.

Turnen und Sport.

S. R. Turnm. Ia — „Gleichheit“ Weiskirchlitz Ia 2:2 (1:1), Eden 2:6, in Weiskirchlitz. Außerst lebhafter Kampf der zwei besten Fußballmannschaften. Die Weiskirchlitzer, die bessere Mannschaft, konnten trotzdem wenig auf Erfolg rechnen, da sie zu viel kombinierten und dabei auf Schießen vergaßen. Turnm. Ia mit Elan und mitunter mit der ganzen Mannschaft in der Verteidigung spielend, konnte so den Erfolg des Kreismeisters verhindern. Drei Tore Unterschied würden das Stärkeverhältnis richtig darstellen, da die „Gleichheit“-Stürmer entschieden die besseren waren. Turnm. Ia erzielte seine Tore durch Fehler der „Gleichheit“-Verteidigung. Für Weiskirchlitz buchte Patro beide Tore nach schöner Kombination. Schiedsrichter Turnen. Just aut. — Der Kreismeister hat in letzter Zeit etwas von seiner Form eingebüßt und muß sehr viel nachholen, wenn er die kommenden schweren Spiele gegen unsere reichsdeutschen Genossen erfolgreich beenden will.

Herausgeber:

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß, Dr. Ludwig Czsch und Karl Cermak. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Mitteilungen aus dem Publikum.

„Urania“.

„Russisch-deklamatorischer Abend“ Gusti Seidl-Hadel — Dr. Theodor Seidl, Freitag, den 14. halb 8 Uhr. Im Mittelpunkt des Abends steht die Erstaufführung des Melodrams „Von der schönen Rosamunde“, Romangenhäuf von Fontane mit begleitender Musik von Th. Seidl. Karten 15-6 Kr. Mittgl. Ermäßigung. — „Moderne Experimentalphysik“, Dozent Dr. F. H. Dreißind. Kurs mit zahlreichsten Experimenten. Beginn: Freitag, den 14. 6 Uhr. Physikalisches Institut, Vinicna 3. Kurskarte 10 Kronen. — Geheimrat Wilhelm Ostwald, Leipzig in der „Urania“ Dienstag, den 18. Okt., halb 8: „Gesetz und Freiheit in der Kunst“ mit Lichtbild. Schon die erste Ankündigung des Vortrages des Altmeisters deutscher Wissenschaft und Nobelpreissträgers hat das allergrößte Interesse erregt. Kartenverkauf 17- Kr. Mittgl. Ermäßigung. „Urania“, Smejschitz 22. — „Im Bilde durch die Welt“, zweiter Vortrag Sonntag, den 16. halb 4 Uhr. Nach dem außerordentlichen Erfolg, den der Vortrag Hielscher vor ausverkauftem Saale in der „Urania“ hatte, spricht Dr. Eise Adler über die altherühmten Stätten „Nürnberg und Rothenburg“ mit Lichtbildern. Karten 5 Kr., Mittgl. Ermäßigung.

CAFÉ ELEKTRA

PRAG-WEINBERGE, beim Museum, neben dem Deutschen Theater. TREFFPUNKT DER GENOSSEN. Telefon 4854. 124

Mit Parteilegitimation 5%, Rabatt 1 „EPOCHA“

Ungezielter-Isolierapparat. Nach ärztlichem Gutachten die einzige hygienische Möglichkeit, von der Wanzenplage wirklich befreit zu werden. Retten Sie Ihr Haus, Wohnung, Möbel und Wäsche, aber vor allem Ihre nächtliche Ruhe. 80 Filiale der Firma Waltera. Gegründet 1857. „Epocha“ chem. Präparate und Apparate Prag I., Jakubská 4. Telefon 3458b. Berufen Sie sich auf Abt. „Apparate“.

Ebermanns

Mundwasser — Zahnpulver das BESTE und BILLIGSTE zur täglichen Zahnpflege. 64. Erhältlich in Apotheken, Droguerien, Parfümerien und Konsumvereinen. Dr. Ebermann, Prag 619-L.

Kohle - Koks - Holz liefern fuhren- und waggonweise S. L. Reimann Söhne, Prag II., Václavské nám. 47. Telefon Nr. 1675 und 4178. 92

Büro- und Geschäfts-Einrichtungen

amerik. Roll-Flachpulte, Registraturen, Kassen, Regale, Verkaufspulte, Gasthausmöbel etc. offeriert den p. t. Gewerkschaften und Genossenschaften zu Vorzugspreisen 2. A. Kominik, Prag II., Kozelová 9. Telefon 8514-VIII.

Wir erzeugen wieder feinste Theemargarine „SANA“ und vorzügliche

Tafelmargarine „AXA“ den besten, altbewährten Butterersatz der Neuzeit in Friedensqualität.

Sana Ges. m. b. H., Prag-Bloubětín

Půjčovni 2. 251

Vertrauliche allerbeste Bezugsquelle. Billige Bettfedern vom Gänsezüchter! 1 kg graue Halbhochleisefedern K2 18.-, halbweisse geschlossene K2 22.- u. 24.-, weisse flaumige K2 35.-, 40.- und 50.-, Herrschafts-Halbflaumgeschleites K2 70.- u. 80.-, hochfeine K2 90.-, ungeschl., weisse, feine K2 62.- u. 80.-, grosse fertige Tuschente, geschlitt K2 180.-, 190.- und 220.-, Kopfpolster K2 40.-, 45.- u. 73.- versendet gegen Nachnahme Wenzel Fremuth, Deschenten Nr. 145, Böhmerrwald. Nichtpass. tausche um od. Geld zurück. Ausführliche Preisliste gratis. 3

VORNEHME HERRENSCHNEIDEREI NACH MASS AUS EIGENEN UND MITGEBRACHTEN STOFFEN MAISON LOUVRE PRAG, NARODNI TRIDA 20. STETER EINGANG VON NEUHEITEN TELEPHON: 7863 4648 ERSTKLASS. SCHNITT UND VERARBEITUNG

Speziallacke, Farben sowie Staufferfett, Hantefett, Vaseline schwarz und gelb, Raupenleim nach amer. System etc. und andere chem. techn. Produkte liefert zu kassersten Preisen in Ia. Qualität. Hiersche & Co., Fabrik chemisch-technischer Produkte NESTOMITZA, E. Tel. 727 (40) Tel. 727

Kassen feuersichere Bücher- und Dokumentenschränke, Mauer-Safes und Kassetten liefert billigst renommierte Firma Friedrich Wiese, Hauptniederlage, Prag Telefon 748 Senovážná ul. 2. Telefon 741

Parteigenossen und Genossinnen!

Der Parteivorstand der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik hat beschlossen, den

Parteitag

für Sonntag, den 13. November d. J. einzuberufen. Der Parteitag wird in Teßchen a. E. im Hotel „Stadt Prag“ am 13. November und die folgenden Tage abgehalten werden.

Der Parteivorstand schlägt folgende Tagesordnung vor:

1. Konstituierung des Parteitages:
 - a) Wahl des Präsidiums;
 - b) Festsetzung der Geschäftsordnung und der Tagesordnung;
 - c) Wahl einer Mandatsprüfungs-Kommission und einer Vorschlags-Kommission für die Wahl des Parteivorstandes und der Parteikontrolle.
2. Berichte:
 - a) des Parteivorstandes;
 - b) der Kontrolle;
 - c) über die parlamentarische Tätigkeit.
3. Die politische Situation und unsere nächsten Aufgaben.
4. Sozialdemokratische Gemeindepolitik.
5. Die Sozialdemokratie und die Landwirtschaft.
6. Der Wiederaufbau der Internationale.
7. Wahl des Parteivorstandes und der Parteikontrolle.
8. Allgemeine Anträge.

Laut § 29 des Organisationsstatutes sind selbständige Anträge der Parteimitglieder zum Parteitag mindestens drei Wochen vor dem Parteitag dem Parteivorstand schriftlich zu übermitteln. Selbständige Anträge, die nach Ablauf obiger Frist oder erst auf dem Parteitag selbst gestellt werden, können nur zur Verhandlung gelangen, wenn der Parteitag dies über Verlangen der Antragsteller beschließt. Im anderen Falle sind sie dem Parteivorstande zur Berichterstattung und Antragsstellung für den nächsten Parteitag zuzuweisen.

Wir ersuchen die Anmeldung der Delegierten an das sozialdemokratische Parteisekretariat, Teplitz-Schönau, Seifertstraße Nr. 1, vorzunehmen. An welche Adresse die Zuschriften wegen der Beschaffung von Wohnungen zu richten sind, wird rechtzeitig durch die Parteipresse bekanntgegeben werden.

Mit sozialdemokratischem Brudergruß:

Die Einberufer:

Gustl Burck, Karl Cermak, Dr. Ludwig Czech, Theodor Hadenberg, Dr. Carl Heller, Oswald Hillebrand, Hans Joll, Franz Kögler, Karl Lorenz, Dr. Ludwig Morgenstern, Anna Persthen, Elfe Plaschek, Adolf Pohl.

Die „Monarchistenpartei Österreichs“.

Eine tschechoslowakische Zweigstelle?

Unterschiedliche Gruppen der Schwarzgelben benötigen die burgenländische Krise und die Wirtschaftskrise Oesterreichs, um durch gesteigerte Tätigkeit die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu lenken. Dabei sind diese Generale und Offiziere, Fürsten und Pfaffen, Speißer und Intellektuelle solche politische Kinder, daß sie nichts von ihrer „heimlich-vollen“ Tätigkeit verbergen können. Die „Arbeiterzeitung“ hat von den Beschlüssen aller ihrer Sitzungen, von jedem ihrer vertraulichen Briefe Kenntnis, ja, sie kennt sogar alle Namen und Decknamen derjenigen, die an diesen Organisationen beteiligt sind, und macht sich nun das Vergnügen — ernst zu nehmen sind ja diese Putzlisten — in sehr geringem Maße — sich mit den Mitgliedern und Freunden der schwarzgelben Legitimistenpartei näher zu beschäftigen.

Die „Monarchistenpartei Österreichs“, die im Wiener Palais Derschold ihren Sitz aufgeschlagen hat, zählt zu ihren Mitgliedern unter anderen den „Sektionschef“ Schlagger, den Fürsten Liechtenstein, die ehemaligen Minister Homann und Hussarek, den Deutschnationalen Teufel usw. „Da die Monarchisten“ — so schreibt die „Arbeiterzeitung“ — „es mit der Aufrichtung der alten Monarchie in ihrem früheren Umfang blutig ernst meinen, versuchen sie auch in der Tschechoslowakei eine Zweigpartei zu gründen. Sie soll den stolzen Namen: „Böhmische Königspartei“ (Česka strana královská) tragen; ihre vornehmsten Träger sind der in der tschechischen Armee diensttuende Hauptmann Kahrn (in Gäh bei Troppan) und Franz Josef Häusler (Troppan, Sperlsgasse Nr. 41, Haus Plavh), der unter dem Pseudonym Heiderheim seine Briefe zeichnet und sich guter Beziehungen zu den Prager Ministerien rühmt.“

Die „Arbeiterzeitung“ beschäftigt sich sodann ausführlich mit der viel ernstern Vereinigung der Frontkämpfer, die nur von dem einen Gedanken beseelt sind, so rasch wie möglich, loszuschlagen.

Die Darstellung der monarchistischen Treibereien, mit welcher die „Arbeiterzeitung“ fortfahren will, sind natürlich auch für die Arbeiterchaft in der tschechoslowakischen Republik interessant und von Bedeutung. Von besonderem Interesse für uns ist die Feststellung der Existenz dieser „Böhmischen Königspartei“. Wir sind neugierig, was nun die amtlichen Stellen, mit denen Hauptmann Kahrn und Häusler in guten Beziehungen zu stehen sich rühmen, über die „Česka strana královská“ zu sagen wissen.

Der Mittelpunkt der karlistischen Restauration ist, so fährt die Arbeiterzeitung in ihrer gestrigen Nummer mit ihren Enthüllungen fort, die Grazer Landesregierung und das steirische Landesgendarmeriekommando. Am 3. Oktober fand in der Wohnung des Adjutanten des steirischen Gendarmeriekommandos eine Besprechung statt, die dem Zwecke diente, die

steirischen Heimwehren zu einer schlagfertigen monarchistischen Truppe zu organisieren. Es wurde beschlossen, eine rein karlistische Heimwehr auf der Grundlage der Pfarrbauernräte aufzubauen, die in Gemeinschaft mit den ungarischen Banden die Republik stürzen sollen. Der Einmarsch der Ungarn, der in nahe Aussicht gestellt wurde, soll in einer Stärke von drei Divisionen erfolgen. Der ehemalige steirische Gendarmeriekommandant Peinlich erklärte, daß sein Sohn, der in der ungarischen Armee dient, in längstens vierzehn Tagen in Graz einzuziehen werde. Den karlistischen Heimwehren steht ein Betrag von 200.000 Kronen monatlich zur Verfügung. Der Adjutant des Gendarmeriekommandanten, Zellburg, ist der Leiter dieser Organisation. Er steht unter anderem mit dem Sohne des vor kurzem verhafteten Bürgermeisters Fehring in Verbindung, der im Ministerium des Neuern als Konsul bedienstet ist, und mit dem Gendarmerieobersten Revo, dessen Sohn in Budapest als Offizier dient. Der Sohn des ehemaligen Gendarmeriekommandanten Peinlich ist als Kurier tätig. Zellburg sucht die republikanischen Gendarmen aus Graz zu entfernen und an ihre Stelle monarchistische Gendarmerieoffiziere nach Graz zu bringen.

Tages-Neuigkeiten.

Der Berufswekkatastrophenprophet. Diesen Namen hat sich ein gewisser Dr. Lomer aus Berlin erworben, der sich Nervenarzt nennt, tatsächlich aber keine andere Lebensaufgabe zu haben scheint, als die, den Beweis zu erbringen, daß die Dummheit nicht alle werden. Dr. Lomer, der übrigens auch ein Buch mit Voraussagungen über alle möglichen Weltgeschehnisse geschrieben hat, hielt dieser Tage in Graz vor einem sehr zahlreichen und sehr eleganten Publikum (nun wissen wir, wo die Dummheit die Mehrzahl haben) einen Vortrag, in dem er für die nächsten Jahrzehnte eine Fülle der seltsamsten Ereignisse aller Art ankündigte. Zuerst wahrte er noch für das Jahr 1921 einen Weltkrieg, dann ein tropisches Klima in Mitteleuropa. Im Jahre 1930 wird ein Wunderkristall entdeckt, bei dessen Anblick die Menschen in Verzückung geraten, Hellscher werden und alle irdischen und himmlischen Wonnen genießen. Im Jahre 1935 um drei Viertel 3 Uhr nachmittags wird flüssige Elektrizität erfunden, in Afrika wird ein Metall gefunden werden, mit dem man alles, sogar Nervenstränge, machen kann, der Nordpol wird endlich erreicht, kurz und gut — nein, nicht gut, denn in fünfzig Jahren, so prophezeit Dr. Lomer, geht Europa an Uberschwemmung zugrunde. Und dazu staschte das elegante Publikum von Graz Beifall! Der Grazer „Arbeiterwille“ macht sich auch nach Gebühr über den Dr. Lomer und sein Publikum lustig und da der Berufswekkatastrophenprophet alle die ungeheuren Geschehnisse der Zukunft auf den Barometerstand und die Wetterverhältnisse zurückführt, widmet der „Arbeiterwille“ den Grazern nach dem Rezept Dr. Lomer ein paar Bauernregeln, die so gelungen sind, daß wir wenigstens mit den besten von ihnen unsere Leser bekanntmachen wollen:

Kriecht der Hahn auf dem Mist, So geht der Radikale ins Narrenhaus oder er wird Kommunist.

Versteht der Bauer Eier und Butta, Steigt die Nächstenlieb und die Valuta.

Solang vor Marzi die Frösche quaden, Ruft der Wilhelm Brennholz haben.

Ist zu Regibi die Sonn voller Fled, Schneuzt der Doppeladler sich, und der Kat wird led.

Morgenrot am ersten Dezember, Bringt viel Zug vom Magyarenbez. Ist's aber vuller Rebelhauch — — Lügt er auch.

Ist um Silvester Sonnenschein, Hat der Städter im Bauch was Warmes drein Wenn's aber um St. Margarini schneibt, Frist nur der Bauer Krapsn und speibt.

Deutschbürgerliche Journaille. Die „Deutsche Landpost“ druckt in ihrer Sonntagsnummer unseren Bericht über die Verurteilung der Brüder Kommunisten Löwy wegen Wucherwärtlich ab und verächtet die Angelegenheit mit der entsprechenden antisemitischen Note, die wir ruhig überhören, da dieser Ton bei der hakenkreuzlerischen Landpost ja eine Selbstverständlichkeit ist. Darüber hinaus aber leistet sich dieses Blatt in seiner Kritik dieser Angelegenheit, Gemeinheiten, wie sie selbst in der an Niedrigkeiten so überreichen bürgerlichen Presse doch nicht zu den Alltäglichkeiten gehören. Das Blatt sieht seinen Lesern die Lüge auf, Löwy wäre zur Zeit seiner Tat Sozialdemokrat gewesen. In Wirklichkeit ist Löwy seit der Spaltung der Partei, also seit Jänner voriger Jahres, Mitglied der kommunistischen Partei während die Tat von ihm erst im Oktober begangen wurde, was aus dem Bericht, den die Landpost nachdruckte, ganz eindeutig hervorgeht. In ihre freche Lüge aber knüpft die Landpost folgende Bemerkung, die schon wegen des famerlichen Deutich, in dem sie verfaßt ist, nachgedruckt zu werden verdient:

Wir könnten jetzt ganz gut den gleichen Trick wie die jüdische Arbeiterpresse, die täglich über die letzten Tendenzen der Arbeiterfrauen, die diesen von „wunderbaren“ Bauern abgenommen worden sein sollen, aufreizend wirken sollende Märchen erzählt, anwenden, und genau wie diese verallgemeinert von agrarischem Wucher christlichem Wucher usw. ständig spricht, die „sozialdemokratische“ oder „jüdische“ Wucherei auslöschen. Wir ersparen sich (den Rebalteuren der Landpost fehlt also nicht nur die Moral, sondern auch die Volksschulbildung!) aber dies, weil wir einzelnen jüdischen Arbeiterführern bald mit anderen Dingen, die mehr als geldgierige Wucherei sind, antworten werden.

Wir fordern die „Landpost“ auf, ihre Aufwartung sofort zu machen. Bis zu dem Tage da sie den Versuch machen wird, sparen wir uns unser endgiltiges Urteil über dieses Blatt auf, das feige aus dem Hinterhalt droht und die sozialdemokratischen Arbeiterführer im Allgemeinen so perfid verumdeutet, daß man aufher Stände ist, diese Gesellschaft vor den Richter zu schleppen.

Eine Abfuhr des Abgeordneten Kallina Montag, den 10. d. M. sprach in einer öffentlichen Vereinsversammlung im Saale des Gasthauses Wienert in Arnsdorf bei Saida der Abgeordnete Kallina. Die Ankündigungen nannten ihn einen „glänzenden Redner“ und einen „hervorragenden Vertreter der Deutschen in der Tschechoslowakei“. Unser Genossen wollten sich also diesen Mann einmal anhören und besuchten die Versammlung sehr

gab er kürzlich auch eine bedeutungsvolle Uraufführung: des Brünner Lieders Leos Janacek „Ballade vom Berge Blanik“, dem tschechischen „Riffhäuser“, ein in schwermütig-düstere Stimmung gebrauchtes symphonisches Bild mit Wetterleuchten und fernen Donnerrollen, das Janacek charakteristische Note reaktischer Tonmalerei neuerdings bestätigt.

Neben der Menge großer symphonischer Konzerte erscheint das im Konzerthaus bisher an Kammermusikveranstaltungen und Solistenkonzerten Gebotene verhältnismäßig gering. Zwei Kammermusikabende reinsten Stiles und in klassischer Durchführung bereite uns mit Trios und Quartetten Beehobens das von dem Prager Pianisten Dr. Teller trefflich unterstützte Wiener Rose-Quartett; schmerzlich empfand ich nur das Fehlen des langjährigen Meistercellisten Buzbaum dieser weltberühmten Künstlervereinigung. Bedeutende Solistenkonzerte waren bisher nur den Geigern beschieden; Huberman, der neuerlich den Glauben an seine aus innerster Seele kommende Kunst festigte, und Erna Rubinstein, die für kunstreich genug befunden worden war, den diesjährigen ersten „Meister“-Abend zu bestreiten. So sehr mich dieses Wunderkind bei einem ersten Prager Debut vor einem Jahre begeisterte, so sehr hat es mich diesmal enttäuscht. Nicht das diesmalige stillose, buffettmäßige Programm Erna Rubinsteins ist schuld daran, auch nicht etwa das Technische ihres Spieles, das in seiner Reife und Ausdruckskraft zur Bewunderung zwingt, sondern die kühere persönliche Note ihrer Kunst; sie hat gelernt, ihrer Kunst betwugt zu spielen.

Edwin Janetschek

Cyrill Wallenta.

Von J. J. David.

Aber Zapletal hatte unablässig das Schloß vor Augen mit seiner breiten Front, mit seinem Uhrturmchen, das gleich erzählte, der darin wohne, sei mehr als andere Menschen und bestimme ihnen die Zeit. Sein Haus stieh daran. Er sah die feinsten Lakaien, die in der Sonne sich rästelten und dann, wenn sie vom Nichtstun zu müde waren, beim Rosen Lichtenstern im Herrentüschchen Rotwein tranken, Karten spielten und sich als Herren ansprechen ließen, die den Mädchen nachstiegen und vor Uebermut gar nicht mehr wußten, was erst mit sich beginnen.

Und er wußte, wie wenig echt all dieser Glanz sei. Vom Grundbuch her, natürlich. Jedes Jahr kam der Graf tiefer in Schulden und man munkelte, er werde bald keine Mittel mehr haben, sich zu reiten, wenn nicht eine reiche Heirat. Aber auch damit spielte es sich nach allen Berichten. Auch dafür war er wohl zu dumm und überhaupt zu sehr gar nichts, dachte Zapletal. Denn, wie ihn seine Leute bestahlen, worauf der Erzdieb, der Verwalter, das hätte doch jeder sehen müssen, wenn er nicht ein gottgeschlagener Narr war.

Und es träumte Zapletal von der Zeit, in der die Grafenwirtschaft da oben ein Ende nehmen würde. Er ging gern in den Schloßpark und schätzte die alten Stämme, die da so machtvoll gebieter waren, sah seine Nähe auf den prächtigen, sanften Wiesen weidend und die Fluren umbrochen und unter dem Pflug. Einmal mußte das Ganze aus die Trommel kommen. Was er dazu tun konnte, diesen Zeitpunkt zu beschleunigen, das geschah. War der Augenblick aber endlich einmal erschienen, dann wollte er am Platze sein und nichts sollte man

ihm nehmen, wonach es ihn so sehr gelüftete. Und Abend für Abend, ehe sie einschlummerte, fühlte Anneschka die harten, grauen Augen des Vaters auf sich ruhen und seine heifere Stimme raunte ihr ins Ohr: „Hast du gebetet? Einmal wirst du im Schloß und auf Seiden schlafen, Anneschka, mein Herzlerl.“

Also: es war bald nach der Rückkehr des Wallenta gewesen. Und zuerst hatten sich die beiden einander nur so im Wirtshaus getroffen. Dann horchte der Bauer mit halbem Ohr dem lauten Wesen, das sich am Tisch des Feldwebels aufat und seinen Erzählungen von Bosnien und den wilden Bosniaken. „Ein Schwächer ist er geworden bei den Soldaten, wie alle“, dachte er mißbilligend. „Weibergeschichten hat er im Kopf und sonst nichts.“

Dann waren sie einmal auf dem Kirchgang ins Neben gekommen. Denn der Wallenta glaubte nichts auf der Welt, nur daß Jugenderinnerungen und Langeweile ihn immer wieder ins Gotteshaus zwangen. „Er ist sehr klug, aber ein Narr ist er in seiner Eitelkeit“, erzählte der Bauer zu Mittag seinem Weib. „Die ganze Welt könnt' er in Eck stecken, so geschickt ist er. Und nichts hat er und wird nichts haben im Leben.“

„Was geht dich dein Wallenta an?“ „Kannst du noch nicht wissen, Madlenka! Ich wußt, er war' mein, wirklich mein.“ Und er schaltete mit der Zunge, wie wenn man ein Pferd antreibt.

„So kauf' dir den Lumpen, Rajetan!“ Zapletal lachte heiser. „Kaufen? Gleich kaufen? Du, der wäre nicht billig. Ja, du bist halt die reiche Bäuerin. Umsonst möcht' ich ihn kriegen, Madlenka, umsonst. Denn er ist zu brauchen, sag' ich dir. Zu tausend guten Dingen zu gebrauchen.“

„Geschenkt ist er am teuersten gekauft“, entgegnete die Bäuerin und deckte ab. Denn beim Essen bildete ihr Mann keine Magd. Da sprach er sich gern ohne jeden Rückhalt aus. Und jeder Zeuge war da sehr ungelogen.

Er hatte gerade damals mit der Gesundheit bessere Zeiten. Und der Wallenta und sein Treiben waren das Gespräch des Dorfes. Denn einmal lebte er über die Massen flott. Da hatte er einem Bauern den Huben vom Militär losgeschraubt. Aus Respekt vor seiner Majestät Dienst, spottete er selbst. Denn er habe nicht gewollt, daß dieser Schafskopf, der das Gewehr sicherlich niemals anders fassen werde, wie eine Mistgabel, die Uniform verfaßdelte, die er selbst so lange getragen. Der andere gewann einen Steuerprozeß, mit dem sich, wie er schwor, die ersten Advokaten der Welt umsonst geplagt. Dies alles vernahm der Zapletal und es weckte mancherlei Gedanken und Wünsche in ihm.

Wallenta aber tat ihm keinen Schritt entgegen. Auch das wurmte den Großbauer, daß dieser Habachtis in seinem Winkel blieb und sich nicht nach ihm umsah, dem sonst sämtliche nachtroden. Beim Lichtenstern hielt der Lump förmlich Hof. Da hatte er seine Beratungen mit seiner Kundschaft und nahm, was man ihm gab und wenn es nur seine Zehne war oder einige Groschen darüber. Auch damit ärgerte sich Zapletal.

Ein großer Mann vergibt sich nie was gegenüber einem Kleinen, redete sich der Zapletal vor. Und an seine Christenpflicht gegenüber seinem Patenkind, das da für zeitlich und ewig die übelsten Wege ging, erinnerte er sich. Und so lud er endlich einmal den Wallenta zu sich.

Wallenta sah ihn schein an: „Brauchst mich wieder einmal, Zapletal?“

zahlreich, Herr Kallina gab in fast zweistündiger Rede ein Kalendarium über die parlamentarischen Ereignisse zum Besten, erzählte allerhand Parlamentaristik und garnierte das Ganze mit einigen seiner bekannten Phrasen und wenn auch diesmal sehr zahmen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie. Nach ihm kam Abgeordneter Genosse Cermak zum Wort, der die Politik des deutschen parlamentarischen Verbandes, insbesondere die Tätigkeit der Herren Kallina, Baerum und Genossen in scharfer Weise kennzeichnete. Die Ausführungen des Genossen Cermak machten sichtlich auch auf die anwesenden Bürgerlichen großen Eindruck und als sich Herr Kallina noch einmal meldete, um als Antwort Einiges zu stammeln, war die Auffassung allgemein, daß er die Schlacht verloren hat, daß der glänzende Redner und Politiker mit einer schweren Blamage belastet von Haida abzieht. Unsere Genossen und mit ihnen alle Bürgerlichen, die nicht fanatisierte Nationalisten sind, freuten sich über den glänzenden Verlauf der interessanten Versammlung.

Aufforderungen für allerlei Liebe. Die „Bohemia“, das Organ der deutschdemokratischen Freiheitspartei, scheint seinen Lesern und Insurgenten die weitesten Freiheiten, auch in sexueller Hinsicht, wahren zu wollen. In ihrer gestrigen Nummer fanden wir in Fettdruck, wahrscheinlich, damit auch die Kurzsichtigen die Sache deutlich erkennen, folgenden Inzerat:

Fischer junger Mann. Intelligent, unabhängig, sehr weingewinnigen, freundschaftlichen Anschluß, da seelisch vereinsamt, an älteren, erfahrenen, gleichfalls nur intelligenten Herrn. Unter Chiff. „B. R.“ postlagernd Bräun.

Daß ein Mann Ansehens an einen anderen sucht, ist an sich noch keine Absonderlichkeit. Aber wenn der „junge Mann“ seine Freiheit und seine Jugend dem Alten anbietet, sich in „seelischer Vereinsamung“ dem „Erfahreneren“ zur Verfügung stellt, wird man für die „reine Freundschaft“ wenig Glauben übrig haben, mag sich auch der „sechse“ Kerl noch so sehr auf den „Aueigenmütigen“ hinausspielen. Wir bedauern tief alle Menschen, deren Geschlechtstrieb krankhaft entartet ist. Aber selbst, wenn der junge Bräuer wirklich krank ist — es gibt ja auch Homosexuelle, die, ohne krank zu sein, nur wegen des Geschäfts ältere Herren um Freundschaft erjagen — ist es unwürdig, wenn eine Zeitung damit Geschäfte macht. Aber für gutes Geld bringt die bürgerliche Presse jedes Mädchen und jeden — Mann an den Mann.

Die Veruntatung der Hündel und Konforten. Wenn man die Berichte der bürgerlich-kapitalistischen Presse über die Ereignisse in Reutischheim liest, glaubt man, daß in Reutischheim der heilige Aufruhr herrscht und daß die Arbeiter die Fabrikanten nur so der Reihe nach verprügeln und mißhandeln. Kein Wort über die Ursachen, kein Wort über die monatelange Provokation der Arbeiter durch die Unternehmer, welche die Demonstration am 5. Oktober heraufbeschworen haben. Urheberin ist in erster Linie die Firma J. Hündels Söhne. Rücksichtslos und brutal wird seit der letzten Aussperrung im Monat Juni, jeder Vertrauensmann in diesem Betrieb bestraft und verfolgt. Den Arbeitern ist verboten, nach Arbeitschluß (!) ihre Organisationsbeiträge an die Vertrauensleute zu entrichten. Einem Arbeiter, der bereits über 40 Jahre im Betriebe beschäftigt ist, wurde erklärt: „Wenn ich noch einmal sehe, daß Sie ihre Beiträge im Betrieb dem Vertrauensmann übergeben, fliegen Sie

hin aus und wenn Sie auch schon 40 Jahre im Betrieb sind.“ Am 23. September wurde ein Vertrauensmann wegen der Sammlung für den russischen Hilfsfond zur Rede gestellt und als er sich darauf berief, daß dies doch in der freien Zeit nach Arbeitschluß geschehen sei, daß überdies diese Sammlung in allen anderen Betrieben Reutischheims bereits anstandslos durchgeführt wurde und daß die Firma Hündel hier eine Sache verbiete, welche von der Republik gefördert wird und an deren Spitze der Präsident der Republik selbst steht, erklärte Herr Hündel: „Wenn es Ihnen bei der Firma Hündel nicht gefällt, können Sie ja anderswohin gehen.“ Auf eine Anfrage bei der politischen Behörde erklärte Herr Kommissar Fiala, daß wegen dieser Sammlung niemand entlassen werden kann. Das war am 30. September vor-mittags — am Abend desselben Tages wurde der Vertrauensmann entlassen. Da nun die Behörde intervenierte, versuchte die Firma die Sache so darzustellen, als ob der Vertrauensmann während der Arbeitszeit gesammelt hätte und erst nach wiederholter Verwarnung entlassen worden wäre. Mit dieser Lüge will also die noble Firma ihr brutales Verhalten beschönigen. Ueber die Demonstration, die darauf folgende Aussperrung und Entlassung von Vertrauensmännern bei den Firmen Hündel und Böhm, haben wir bereits berichtet. Die Firma Hündel hat nun neuerdings den einen Vertrauensmann, den sie erst zurückzunehmen bereit war, entlassen und außerdem 10 weiteren Vertrauensleuten teils gefündigt, teils sie entlassen. Die Entlassung in den Reihen der Arbeiter ist ungeheuer. Es ist gar nicht vorzuziehen, welche Folgen dies noch haben kann. Die Firma Hündel ist geradezu eine Gefahr für die Ruhe in diesem Bezirke. Wird nicht bald von den maßgebenden Stellen einmal den Unternehmern klargelegt, daß sie kein Recht haben, der Arbeiterschaft auch noch nach Arbeitschluß zu kommandieren, so wird die Arbeiterschaft sich dieses Recht selbst schützen müssen.

Die Lehre von Freiwaldau. Wir haben gestern kurz das Ergebnis der Gemeinderatswahl von Freiwaldau besprochen, die den Kommunisten eine schwere Niederlage brachten. Von Freiwaldau aus, wo zuerst die Spaltung einsetzte, wollten die Kommunisten seinerzeit ganz Schlesien und Nordmähren erobern und nun haben sie, kaum daß ein halbes Jahr verfloßen ist, auch dort schon abgewirtschaftet, wo sie sich am stärksten fühlten. In ihrer Hochburg Freiwaldau haben sie mit 198 Stimmen 2 armselige Mandate erobert, die Sozialdemokraten erhielten mit 540 Stimmen 6 Plätze. Wir verloren also, mit der früheren Gemeindevertretung verglichen, 3 Mandate, die den Deutschnationalen zufielen. Letztere nahmen auch den Nationalsozialisten 2 Sitze ab und ziehen mit einem Gewinn von 6 Mann in die Gemeindestube ein. Das Bürgerturn marschiert also. Etwa durch die Kraft der von ihm verkündeten Ideen? Oder weil Zukunft und Entwicklung im bürgerlichen Lager stehen? Ach nein, davon kann keine Rede sein. Außer den paar Schwärmern für die gute alte Zeit würde niemand der Idee wegen zu den bürgerlichen Parteien zurückkehren, der sich einmal von ihnen abgewandt hat. Die Wahrheit ist, daß die Realität und Kopfschmerz der Kommunisten, die mit dem Sozialismus sympathisierenden, innerlich aber noch nicht gefestigten Elemente wieder kopfschmerz gemacht hat. „Wenn

der Sozialismus zu solchen Konsequenzen führt —“ mag mancher Urteilschwache gesagt haben und wandte sich nicht nur von den Kommunisten, sondern von allem Sozialistischen einschließlich der nationalsozialistischen Verwässerung ab. Die Lehre, die wir aus diesem Vorgang zu ziehen haben, ist die der rastlosen Aufklärungsarbeit. Die Schwankenden sollen wissen, daß wir nicht ein Volkstückenheim aufbauen, sondern von wissenschaftlichen Erkenntnissen ausgehen; daß wir nicht niederreißen, sondern erst planvoll abtragen, bis wir ein Fundament zu legen imstande sind.

Kommunisten vor Gericht. Der Kommunist Heinrich Hamn in Lang hatte sich vor einiger Zeit vor Zeugen geäußert, die kommunistischen Abgeordneten seien aus dem Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten ausgetreten, weil im Klub Schweinereien vorgefallen waren. Versuche, einen öffentlichen Widerruf durch Hamn zu erreichen, blieben erfolglos. Hierauf überreichten die Mitglieder des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten gegen Hamn die Ehrenbeleidigungsklage; die Verhandlung fand kürzlich vor dem Bezirksgerichte in Falkenau statt. Hamn machte bei der Verhandlung einen dem wehmütigen Eindruck. Er erklärte, er hätte niemals die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten beleidigt, er habe die inkriminierte Äußerung nicht getan, habe weder die Absicht gehabt, noch auch irgend eine Äußerung getan, wodurch er der Ehre der Privatkläger, insbesondere deren politischer Betätigung nahe getreten wäre. Sollte er in der Debatte wirklich eine beleidigende Äußerung getan haben, nehme er sie mit Bedauern zurück. Er verpflichtete sich zu einem Prozesskostenbeitrag und dankte den Klägern für die Möglichkeit, die anhängige Strafsache im gütlichen Wege aus der Welt zu schaffen. Auf Grund dieser Erklärung wurde von einer Bestrafung des Angeklagten Abstand genommen.

Ein Professoren- und Schülerstreik an der tschechischen Handelshochschule in Prag. Dem „28. Rijen“ zufolge beschloß das Professorenkollegium der Handelshochschule in Prag, mit den Vorlesungen nicht zu beginnen und solange im Streik zu verharren, bis der Hochschule entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Die Studentenschaft hat sich mit dem Beschluß der Professoren solidarisch erklärt.

Publizierte Gesetze. Am 10. Oktober d. J. wurde das 85. Stück der Sammlung der Gesetze und Verordnungen des tschechoslowakischen Staates ausgegeben. Dasselbe enthält: Die Verordnung, durch welche die durch das Gesetz vom 12. August 1921, Nr. 313 S. d. G. u. B., festgesetzten Fristen über die Erneuerung der landwirtschaftlichen Kleinpachtungen verlängert werden. — Die Verordnung, durch welche die mit dem Art. VII der Reg.-Verordnung vom 21. Juli 1921, Nr. 240 S. d. G. u. B., über die Regelung der Benützung von Grundstücken gegen einen Anteil von ihrem Naturertrage in Karpathorukland festgesetzten Frist verlängert werden. — Die Verordnung, durch welche der § 3 des Gesetzes vom 19. März 1920, Nr. 196 S. d. G. u. B., durchgeführt wird. — Die Rundmachung über den Beitritt der tschechoslowakischen Republik zu der am 20. März 1883 in Paris abgeschlossenen zwischenstaatlichen Vereinbarung über den Schutz des gewerblichen Eigentums. — Die Rundmachung über den Beitritt der tschechoslowakischen Republik zu der am 14. April 1891 in Madrid abgeschlossenen zwischenstaatlichen Vereinbarung über die Registrierung der Fabriks- und Handelsmarken und die Verordnung, durch welche das Gesetz vom 12. August 1921, Nr. 303 S. d. G. u. B., über die einstweilige Erhöhung der bergmännischen Verordnungsbezüge in der Slowakei und in Karpathorukland durchgeführt wird.

Eubruch. In der Nacht auf den 4. Oktober wurde in das Küschnergeschäft des Gustav Duld in Tannwald eingebrochen und Belohnungen im Werte von 73.160 Kronen gestohlen. Als verdächtig wurden von der Gendarmerie zwei Männer, Josef Duml und Anton Kurfist aus Tannwald, festgenommen. Die Sachen wurden jedoch nicht gefunden.

Kleine Chronik.

Ein Eisenbahnattentat in der Ukraine.

45 Menschen ums Leben gekommen. **Moskau, 10. Oktober. (Mosk.)** Bei der Station Teletrew in der Ukraine rissen Räuber das Geleise auf, sodass ein aus Kiev kommender Personenzug entgleiste. Einige Waggons wurden zertrümmert. 30 Menschen kamen ums Leben, viele wurden verletzt. Auf den Zug wurden Schüsse abgegeben. Die Reisenden, die am Leben blieben, wurden in einen nahen Wald geschleppt und dort beraubt. 15 Leute wurden erschossen.

Die Dorthhjujii schon wieder in Tätigkeit. **Budapest, 11. Oktober. (M. R. B.)** Heute begann vor dem hiesigen Strafgerichte als Standgericht die Hauptverhandlung gegen 27 Angeklagte wegen Verbrechen des Auftrahes. Es wird gegen sie die Anklage erhoben, daß sie sich mit dem Plane befaßten, durch einen Aufschuß mit bewaffneter Gewalt die Macht an sich zu reißen und die Räterepublik wieder herzustellen.

Bei Ausgrabungen im Ephesus wurden bedeutende Teile der Kirche des Evangelisten St. Johannes freigelegt, besonders die Krypta, die als Grab des Apostels betrachtet wird.

Der erste chinesische Film — vor 900 Jahren. Auch für die Erfindung des Kinetographen, wie für viele andere modernen Erfindungen, beansprucht China das Prioritätsrecht. Der Amerikaner Sarg entdeckte, wie „World Magazine“ schreibt, einen chinesischen Film, der eine Serie von Bildern darstellt, welche ein geschickter Operateur leicht in ein zusammenhängendes lebendes Bild verwandelt hat. Die Bilder sind mit prächtigen Farben versehen, welche an ihrer Frische seit 21 Jahren nichts eingebüßt haben, vor welcher Zeit diese Bilder entstanden sind. Der Film behandelt eine Ehemödie.

Von dem gesunkenen Dampfer „Kowan“ werden, wie aus Glasgow gemeldet wird, 25 Personen vermisst.

Raubmord und Raubmordversuch.

Die Leiche gebierteilt, Kopf und Fleischteile verbrannt, der Rest in der Jglawa gefunden.

Jglau, am 10. Oktober.

Vor dem hiesigen Kreisgericht begann heute der auf vier Tage anberaumte Prozeß wegen begangenen und versuchten Raubmords gegen die Familie Swoboda und ihre Komplizen. Die Anklage legt dem Hauptangeklagten Gottfried Swoboda zur Last, daß er im Herbst des Vorjahres den 56 Jahre alten Kleinhandler Alois Beigl unter dem Vorwand, mit ihm eine Reise zwecks Kaufs von Goldmünzen zu unternehmen, in seine Wohnung lockt, dort erschößt und die Leiche in vier Teile teilt und den Kopf sofort verbrannt, während er die zerstückelten Leichenteile in den Ramin warf, nachträglich das Fleisch von den Knochen löste und die Knochen und auch die Fleischteile im Küchenherd verbrannte. Weiter werden Swoboda und seine Komplizen Josef Maurer, Marie Hadrich und Robert Birnbaum beschuldigt, an dem Märdersohn Josef Popel einen Raubmordversuch begangen zu haben. Hierbei wurde der Angeklagte Gottfried Swoboda von dem Märdersohn Josef Poppel in Notwehr angeschossen, nachdem der von Swoboda auf ihn abgefeuere Schuß den Poppel nicht traf, sondern in eine Divanlehne ging, neben der Poppel stand. Dieser Raubmordversuch spielte ebenfalls in der Wohnung des Swobodas ab. Die wegen des Raubmordversuches an Poppel stattgefundene Hausdurchsuchung förderte nichts Belastendes zu Tage. Erst im Mai dieses Jahres wurden im Jglawastich zwei Bündel gefunden, in denen von Knochen entblöhte Fleischteile, Teile der Niere und Leber vorgefunden wurden. Durch diesen Fund kam Licht in die Angelegenheit. Der Vater des Swoboda, der mitschuldig ist, ist Sarghändler und es wurden bei den Leichenteilen, die vom Raub gestohlene waren, auch rauchgeschwarzte Hohlspäne und Aluminiumspitzer gefunden, so daß sich der Verdacht auf Swoboda richtete, den Mord an dem auf rätselhafteste Weise verschwundenen Weinhandler Beigl begangen zu haben. Die zweite Hausdurchsuchung förderte belastendes Material zu Tage. So wurden Knochen und Menschenhaare im Ramin gefunden. Bei der Voruntersuchung gestand zuerst der Vater des Swoboda, daß er kurz nach der Mordtat in Ramin Leichenteile und ein paar Schuhe gesehen habe. Nach längerem Zeugnis gestand auch der Hauptangeklagte, doch will er vor keinen Mord wissen, sondern erklärt, er habe bevor er mit Beigl die Reise antreten wollte, eine Schublade herausgezogen. Dabei sei ein Revolver herausgefallen und als er ihn richten wollte, sei ein Schuß losgegangen. Ein Augel sei dem Beigl in den Hals gedrungen und habe ihn getötet. In seiner Angst, man könnte den Unglücksfall für eine Mordtat ansehen, habe er die Leiche beseitigt. Dieser Ausrede gegenüber steht die Tatsache, daß er sein Mutter, seinen Bruder und seinen Kontorister tags vorher nach Brünn und Znaim schickte jedenfalls, um das wohlzubereitete Attentat gegen Beigl ohne Störung vornehmen zu können. Nach der Tat lebte der Angeklagte auf großem Fuße. Er machte Rechen von über tausend Kronen, so daß seine Angabe, er habe bei der Leiche nur 300 Kronen gefunden, unglaubwürdig erscheint. Durch Zeugenaussagen ist erwiesen, daß Swoboda mehrere Personen die er unter der Vorspiegelung in seine Wohnung gelockt hatte, er werde ihnen Käufer für Goldmünzen bringen, immer gefragt hat, ob sie Geld bei sich haben und daß diese Personen es nur dem Umstande, daß sie diese Frage verneinten, zu verdanken haben, daß sie noch am Leben sind. Im Falle Poppel hatte sich auch Swoboda bei jenem erkundigt, ob er einen Revolver bei sich habe, was dieser leugnete.

Der Hauptangeklagte hatte schon seit längerer Zeit mit Zahlungsschwierigkeiten zu kämpfen gehabt und nur in der Zeit nach dem Raubmorde an Beigl war es ihm möglich, einen Teil seiner Schulden zu zahlen. Er ist 22 Jahre alt, von distinguierten Aussehen und gewählter Sprache. Von Beruf Antiquar, hat er jedoch seit der Ausleihe sein Gewerbe nicht ausgeübt, sondern Kommissionsgeschäfte ausgeführt und war zuletzt Hofhändler. Seit dem Raubmordversuch an Poppel am 24. März d. J. befinden sich Swoboda, sein Vater und seine Mutter und noch 2 Angeklagte in Haft.

Den Vorsitz in der Verhandlung führt Kreisgerichtspräsident Fischer, die Anklage vertritt Staatsanwalt-Substitut Vesely. Wir werden über den Fortgang und das Ende des Prozesses berichten.

„Und wenn ich dich schon brauchen tät? Was ein anderer zahlt, das verdient bei mir auch.“
 „Mannst aber niemals wissen, was ich just von dir begehren werde. Weiß ich selbst nicht vorher.“
 Zapletal schlug ihm höchst freundschaftlich auf die Schulter. „Was einer kann, kann in dem Ort der Zapletal auch. Und er ist kein Schmuckian, das wirst wissen.“
 „Ja, woher denn?“
 „Nein, was du für ein spassiger Kerl bist, Wallenta! Komm nur. Meine Frau wird lachen über dich, und die Annessla. Und du kannst dir nicht denken, wie hübsch sie dann beide sind.“
 „Ich mach' niemand einen Wurstel, außer wenn ich will.“
 „Na, vielleicht wir's gerad bei deiner Gebvatterin wollen. Und dann: es geht doch auch um Erbstes.“
 „Kann ich mir denken. Aber ich bin nicht schlimmer, wie der Schinder. Ich zieh' niemand das Feil über die Ohren, wenn er noch lebt. Und ich tu' kein gut in einem Haus, sag' ich dir. Laß mich, wo ich bin.“
 „Muden hat er in sich, wie ein störrischer Gaul.“ scherzte Zapletal. „Aber man wird sie ihm schon austreiben. Also: du kommst, Cyrill!“
 „It gut. Geh'n wir derweil zum Lichtenstern eins trinken.“
 Dies geschah und Zapletal hatte Anlaß und Gelegenheit, den Dursch des andern zu bestaunen. Blödsinnig aber schlug Wallenta auf den Tisch. „Das ist wie beim Leitlauf. Ganz so ist das Du weisst aber noch nicht, was für einen Handel du heut' gemacht hast.“ und er sah den Gebvatter von unten an, fast lässlich wie ein Stier, der stoßen will.

„Was redest da wieder? Ein Narr bist, Bruderherz.“
 „Bin ich's? Wird sich schon zeigen, wer heute der Narr war. Aber eins sag' ich dir: zu trinken mußst was geben, wenn ich kommen soll.“
 An diesem Tag aber hub die Freundschaft zwischen dem Bauernmillionär und dem Bruder Liederlich an.
 Wallenta richtete sich ganz häuslich ein beim Zapletal, er kam zu Tisch, wenn es ihm paßte und blieb, solange er mochte. Auch über Nacht. Es war ein sonderbares Verhältnis. Denn im Grunde der Seelen mochten die beiden einander gar nicht. Wallenta verdächtete den Gebvatter und seine Gattin. Dem Taugenichts schien ein Leben unverständig, ja wahnsinnig, dem der Erwerb und Besitz Selbstzweck waren, so daß für den Genuß keinerlei Raum mehr blieb. Je mehr aber Zapletal die Gaben und die Kenntnisse seines Freundes begriff, desto unerhörter und unverzeihlicher erschien ihm das Treiben des Cyrill. So gar nichts mit sich anfangen können! Das war ja tödlich! Und dennoch weidete er ihm den leichten Sinn. Rehnlich mögen die Gefühle sein, wenn ein feilster Bauernhund, der gar nichts anderes weiß, als seinen Hof hüten und sein Fressen zur rechten Zeit bekommen, einen schlanken und geschmeidigen Rosshuß, den schlauen Kopf windend und die Rute hoch, durchs Buschwerk schleichen sieht.
 Als aber Zapletal mit Wallenta zum erstenmal von seinen letzten Plänen zu sprechen begann, da horchte dieser hoch auf. Das war nichts Kleines und nicht Alltägliches, was sich der in seinen Dickkopf gefestigt hatte. Das importierte doch. Er kaufte. Dann redete er den Danmen in der Richtung des Schlosses: „Also, wegärgeren willst du ihn?“ (Fortsetzung folgt.)